

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Anzeigensätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 92.

Montag, den 21. April 1913.

20. Jahrg.

Rüstet zum 1. Mai! Bereitet der Arbeit und dem Weltfrieden ein würdiges Fest!

Hierzu eine Beilage.

Prozentpatrioten.

Die lärmvolle Agitation der Rüstungsinteressenten kostet ein schönes Stück Geld, das natürlich wieder eingebracht werden muß. Das Reich muß es zahlen! Es werden ihm einfach bei Aufträgen einige Prozentchen draufgeschlagen, und dann kann es zu dem erbaulichen Zustande kommen, daß dem „Erbfeind“ billiger geliefert wird wie dem eigenen Volke. Die Vereinigten Staaten bezogen ja auch von Krupp die Stahlplatten wohlfeiler, als wie er sie dem Reiche lieferte. Natürlich müssen die Prozentpatrioten allerlei Schleichwege wandeln, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Wie es gemacht wird, das erzählt man eben jetzt aus Geheimschriften, die ein günstiger Wind dem „Vorwärts“ zugeweht hat. Die Lieferanten von Schiffsbaumaterialien haben schon seit Jahren einen geheimen „Marine-Verständigungs-Konzern“ gegründet, dessen Geschäftsstelle sich in Dortmund, Kronprinzenstraße 36, befindet. „Vertraulicher“ Leiter dieses Bureaus ist Direktor G. Gutheil, früher einer der Direktoren der „Union“, Eisen- und Stahlwerke in Dortmund, dann, nachdem diese Gesellschaft in die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft aufgegangen war, eine Zeitlang einer der Leiter der Abteilung C, die die sämtlichen in Dortmund und dem Umkreis gelegenen Werke der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft umfaßt. (Außerdem besitzt diese Gesellschaft bekanntlich noch Zweigabteilungen in Dillingen und in Mülheim an der Ruhr.)

Das Geschäftsverfahren dieses „Marineverständigungs-Konzerns“ ist höchst praktisch eingerichtet. Man „arbeitet“ nach einem recht sinnreich erdachten System. Nehmen wir an, eine Werft, vielleicht der „Vulkan“, braucht verschiedene Schiffsbaumaterialien und wendet sich an zwei, drei oder vier verschiedene Werke der betreffenden Branche mit der Anfrage, ob, wann und zu welchem Preise sie die gewünschten Materialien liefern können. Sofort füllen diese Werke einen sogenannten Auftrags-Meldezettel aus und schicken ihn nach Dortmund. In dem Zettel gibt die Firma genau an, um was es sich handelt. Die Geschäftsstelle in Dortmund unterrichtet dann die betreffenden Werke, welche Meldungen eingegangen sind. Und diese Werke können nun direkt oder über die Geschäftsstelle miteinander verhandeln, wie sie ihre Offerten gestalten und welche Preisforderungen sie stellen wollen. Da jedes Werk von dem Auftrag, den es erhält, zehn Prozent abgeben muß, und zwar nicht vom Gewinn, sondern vom Fakturenbetrag (Lieferungswert), so schlägt es zunächst diesen Betrag auf den Offertenpreis auf, außerdem aber, da man sich natürlich auf solche Geschäftsmanipulationen nicht einlassen würde, wenn kein besonderer Nutzen dabei herauspränge, noch einen ansehnlichen Extraprofit.

Ist eine Verständigung erzielt, so reichen die betreffenden Werke ihre Offerten bei der Werft ein, und zugleich senden sie — es könnte sich inzwischen die Werft ja noch an andere Firmen gewandt haben — eine Abschrift der bei der Werft gemachten Offerte an den Direktor Gutheil ein.

Kommen die bestellten Schiffsbaumaterialien zum Versand, so schickt wiederum das betreffende Werk eine Meldung mit Fakturenkopie an die Dortmunder Geschäftsstelle. Angehängt ist solcher Meldung ein Abrechnungsformular, das von der Geschäftsstelle ausgestellt, gebucht und zur Kontrolle zurückgegeben wird. Das Formular weist nach, um welchen Auftrag es sich handelt, enthält Brutto- und Netto-Fakturenwert und schließlich folgendes Angehängel:

Eingegangen Dortmund, den Objekt No.
Geprüft und weitergegeben, den mit dem Bemerkn.,
daß außer dem Auftragswerk folgende Firmen die Anfrage
gemeldet haben:

Die Abgabe beträgt 10% von obigem
Netto-betrage, also M.
Davon ist $\frac{1}{10}$ zur Deckung der Unkosten
zu entrichten, also M.
Zur Verteilung kommen somit $\frac{9}{10}$ M.
Da . . . Werke beteiligt sind, entfallen pro Werk M.

Die Auszahlung dieser Abgabe an die vorgenannten Werke als auch des Betrages zur Deckung der Unkosten erfolgt halbjährlich nach meiner Aufgabe.

Hochachtungsvoll
Die Geschäftsführung:

Der „Vorwärts“ druckt die Texte der Schemata in seiner Nr. 88 im Wortlaut ab; wir haben uns damit begnügt, ein Stück wiederzugeben. Wie daraus ersichtlich ist, muß das Werk, das den ganzen oder einen Teil des Auftrages erhält, 10 Prozent vom Fakturenwert abgeben; beträgt also der Gesamtwert der Lieferung 3 Millionen Mark, so hat es 300 000 Mark an die Geschäftsstelle abzuliefern. Davon zieht die Geschäftsstelle ein Gehalt für ihre Bemühungen und Unkosten ab; die übrigen 270 000 Mark werden an die Werke verteilt, die ebenfalls Offerten eingereicht haben, aber bei der Auftragsverteilung leer ausgegangen sind. Haben drei solcher Werke mitkonkurriert, erhält jedes ein Schmerzensgeld von 90 000 Mark.

Man sieht, ein feines Geschäft — auf Kosten des Staates und der Steuerzahler, die auf diese Art und Weise um manche schöne Millionen geprellt werden. Solcher Patriotismus lohnt sich. Er wirft herrliche Profite ab; und es bleiben auch noch ansehnliche „Beihilfen“ übrig für vaterländische Blätter, die im Kampf für die Ehre des Deutschen Reiches tagtäglich die Kriegstrommel schlagen und schwarz auf weiß beweisen, daß Deutschland seine Flottenbauten unbedingt beschleunigen muß, will es nicht aus seiner Stellung verdrängt werden.

Und derartige „Verständigungs“-Ringe sind keine vereinzelte Erscheinung. Auch in anderen Branchen ge-
deihen sie prächtig; nur wird meist das Geheimnis so streng gehütet, daß lediglich ein Zufall die schönen Praktiken an die Öffentlichkeit dringt. Auch der Patriotismus ist in unserer glorreichen kapitalistischen Ära zur Geschäftssache geworden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Fall Krupp.

Man hat Sonnabend im Reichstag bei Beendigung der Generaldebatte des Militäretats von einem Fall Krupp gesprochen. In Wirklichkeit ist die Korruption, die sich in diesem Fall erwiesen hat, typisch für die Zustände, die in der Rüstungsindustrie bestehen und für das Verhältnis zwischen dieser Industrie und der Militärverwaltung. Die Redner fast aller Partien erkannten den Ernst der vom Genossen Liebknecht gemachten Mitteilungen und sahen auch die Notwendigkeit eines strengen Einschreitens unbedingt ein. Herr Dr. Pfeiffer vom Zentrum lehnte sich namentlich gegen den wirklich unerhörten Versuch auf, auch für diese Korruption irgend einen Unterbeamten verantwortlich machen zu wollen. Ebenso entschieden protestierte er gegen den Lobeshymnus, den aus einem zweifellos wenig begründeten Anlaß der Kriegsminister der Firma Krupp gewidmet hatte. Selbst Herr Dr. Hertel mußte eine ungeheuerliche Überschrift verweigern, die das Reichstagsstimmungsbild seiner Zeitung enthielt und er sprach sich im wesentlichen in demselben Sinne aus wie der Zentrumredner. Es blieb dem Nationalliberalen Götting und Herrn Dr. Brabant von den Fortschrittlichen überlassen, in einem so klaren Fall die ungläublichsten Mißvermutungen zugunsten der Firma zu entdecken. Es ist anzunehmen, daß Herr Dr. Dove mit seiner Verurteilung solcher Geschäftsmethoden den Standpunkt seiner Fraktion eher zum Ausdruck gebracht hat. Genosse Dr. Liebknecht ergänzte Sonnabend auf die Einwände des Kriegsministers seine erste Darstellung mit außerordentlich wertvollen und den Sachverhalt erschöpfenden Einzelheiten, die allerdings auch dem Waghalsigsten die Neigung nehmen müssen, etwa an die ernste Aufrichtigkeit der Antwort zu glauben, wie sie die Firma Krupp in der Presse veröffentlichte. Namentlich das Märchen vom Unterbeamten wurde vollends zerstört und auch für den uneigenwilligen Patriotismus des Hauses Krupp brachte der sozialdemokratische Redner interessante Belege. Die Antwort des Kriegsministers war auch Sonnabend völlig un-

zureichend, sodaß er nachher vom Abg. Spahn erjucht wurde, das Haus regelmäßig auf dem laufenden über den Gang der Untersuchung zu halten. Immerhin ersparte er sich die geistreiche Ausschmückung, die er tags zuvor seiner Rede hatte angedeihen lassen.

In der nun folgenden Spezialdiskussion vertraten die Genossen Runert und Stadthagen gegenüber der heutigen Militärjustiz die Forderung einer gesicherten Rechtspflege. Genosse Pinkau klagte über die Konkurrenz, die die Militärverwaltung dem lithographischen Gewerbe zusetzt. Über die ungehörige Konkurrenz, die die Militärmütter den Zivilmüttern bereiten, gab Genosse Jubel eine eingehende Darstellung. Endlich schützten die Genossen Böhle und Sackel die oft unmöglichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Bekleidungsämtern.

Der Militäretat in der Budgetkommission des Reichstages.

In der Freitagssitzung wies Genosse Simon darauf hin, daß die aus Kalbsflecken hergestellten Tornister enorm teurer zu stehen kommen, weil die Lederpreise bis 130 % gestiegen sind. Es sei zu prüfen, ob man nicht Tornister aus Segeltuch anfertigen könne. — General Wandel erklärte, Tornister aus Tuch hätten sich nicht bewährt. — Abg. Erzberger teilt mit, daß die Heeresverwaltung für 4000 Panorama-Fernrohre rund 600 000 Mark mehr bezahlt habe, als der eigentliche Preis sei. — Die Militärverwaltung erklärte, es handle sich bei den erwähnten Fernrohren um ein Patent der Firma Goery. Bei Lieferungen an das Ausland fordere die Firma höhere Preise.

Genosse Liebknecht kritisierte die Unterstützung der sogenannten nationalen Jugendbewegung durch die Heeresverwaltung und die Ueberlassung von militärischen Gebäuden und Ausrüstungsgegenständen. Dazu habe die Verwaltung kein Recht. — Der Kriegsminister erklärte, es sei die Pflicht der Heeresverwaltung, die nationale Jugendbewegung zu fördern, eben weil sie nationale Bestrebungen verfolge. — Gen. Ledebour protestierte ebenfalls lebhaft dagegen, daß die Heeresverwaltung durch ihre Maßnahmen in die parteipolitischen Kämpfe eingreife. Die Verwaltung habe sich neutral zu verhalten; was sie heute tut, sei ungehörig und müsse bekämpft werden. — Genosse Hoch brachte die Typhuserkrankungen bei dem in Hanau garnisonierenden Eisenbahregiment zur Sprache, die den Tod von 20 Soldaten zur Folge gehabt haben. Die Frage müsse auch besprochen werden, ob nicht den Angehörigen der verstorbenen Soldaten eine Entschädigung aus Reichsmitteln zu gewähren sei. Die Erkrankungen sollen angeblich durch eine bei der Zubereitung von Essen in der Kaserne beschäftigte Frau entstanden sein. Die Verwaltung habe erklärt, solche bedauerlichen Fälle seien nicht zu vermeiden. — General Stabs erklärte, wenn die Angehörigen der verstorbenen Soldaten einen Antrag auf Entschädigung stellen würden, sollte eine wohlwollende Prüfung und Erledigung eintreten.

Abg. Erzberger wünschte zu wissen, wie lange noch der Mietvertrag für den Generalinspektor der Kavallerie läuft, für den 25 000 Mark jährlich an Mietsentschädigung bezahlt werden. — Die Verwaltung teilte mit, daß der Vertrag am 1. Oktober 1914 abläuft. — Genosse Rostke brachte die Verkehrsstörungen, die in Sachsen aus Anlaß der Kaisermanöver im vorigen Jahre entstanden sind, zur Sprache und forderte, daß auf den Verkehr größere Rücksicht genommen werde. — Abg. Götthein bemängelte die hohen militärischen Reisekosten, die durch die überaus zahlreichen Besichtigungen entstehen. Besonders die hohen Offiziere leisteten in überflüssigen Besichtigungen Außerordentliches. Auch die militärischen Bauten kommen durch die Reisen sehr viel teurer. — Der Kriegsminister widersprach lebhaft; die militärischen Reisen würden sehr knapp ausgeführt, es beständen die strengsten Vorschriften, die auch befolgt würden. Durch die Reisen würden oft große Summen erpart; sie seien somit recht vorteilhaft. — Genosse Rostke bezweifelte, daß nur wirklich notwendige Reisen ausgeführt werden. Er beantragte die Streichung von rund 90 000 Mark von den Reisekosten. So sei es ein Skandal, daß beim Einzug der Tochter des Kaisers mit ihrem Verlobten in Berlin die Kaiserinmutter Juliana extra zwecks Spalierbildung nach Berlin kommandiert wurden. Das bedeutet eine Ver-

plumpierung der Steuergelder. — Abg. Erzberger betonte, durch militärische Prüfungsreisen seien allein in letzter Zeit bei Bauten 34 Millionen Mark erspart worden. Zu rügen sei auch, daß jetzt eine Unmenge Bürgermeister sich in Berlin herumtreiben, um bei der Heeresvermehrung für ihre Orte Garnisonen zu erlangen. Diese Bürgermeister bildeten jetzt für das Kriegsministerium und einzelne Abgeordnete eine wahre Plage. — Die vom Genosse Moskwa beantragte Streichung wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. — Genosse Büchner montierte es, daß in Staatsbetrieben Sozialdemokraten und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter nicht eingestellt werden sollen. Hier müßte eine Aenderung eintreten, die Verwaltung habe nicht nach dem politischen Bekenntnis zu fragen. Büchner rügte auch das Gratifikationswesen für Meister in Spandau. — General Wandel erklärte, Sozialdemokraten können ihrer staatsfeindlichen Gesinnungen wegen nicht in Staatsbetrieben tätig sein. Die Sozialdemokratie propagiere ja sogar den Generalstreik für den Kriegsfall. Es bleibe also bei der angegriffenen Bestimmung. — Gen. Schöpflin griff die Haltung der Militärverwaltung scharf an und bestritt ihr das Recht, solche Bestimmungen zu erlassen. Ohne Sozialdemokraten könne die Militärverwaltung gar nicht mehr in ihren Werkstätten produzieren. Im Plenum werde die Angelegenheit noch besprochen werden. — Die Abgg. Semler und Müller-Reinigen wandten sich ebenfalls gegen die Haltung der Militärverwaltung. Eine sozialdemokratische Resolution, die die Aufhebung der fraglichen Bestimmung forderte, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und der Volksparteier abgelehnt. — General Wandel gab noch eine amtliche Darstellung der Landung des Zeppelin-Luftschiffes in Lunenburg. — Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Über die finanziellen Ergebnisse der Reichserbschaftsteuer

Berichtet die amtliche „Berliner Korrespondenz“: „Die finanziellen Wirkungen des Reichserbschaftsteuergesetzes vom 3. Juni 1906 im Rechnungsjahre 1911 stellen sich wie folgt:

	Zahl der Anfälle	Gesamt-reinwert Mark	Steuer-ertrag Mark
Erwerb von Todes wegen	110 362	817 764 802	55 877 608
Schenkungen unter Lebenden	5 881	62 063 764	3 989 084
Zusammen	116 243	879 828 566	59 866 692

Außerdem wurden bei 58 Erwerbssällen aus Erbschaften von zusammen 312 470 Mark Reinwert 21 283 Mark und bei 36 dergleichen aus Schenkungen unter Lebenden von zusammen 70 046 Mark Reinwert an Steuer 6689 Mark niedergezahlt.

Im Durchschnitt entfällt auf einen verstorbenen Anfall ein Reinwertbetrag von rund 7 569 Mark mit einem Steuerertrage von rund 515 Mark.

Es betragen:

	die Gesamt-rohwerte	die Gesamt-verbindlich-keiten Mt.
Bei den 31750 überhaupt ver- steuereten Nachlässen	983 691 914	115 927 112
Bei den 4559 Schenkungen unter Lebenden	67 015 911	4 952 147
Zusammen: 1 050 707 825	120 879 259	
Gehoben wurden im Berichtsjahr: an Erbschaftsteuer	5 926 063	
an Schenkungssteuer	225 693	
Zusammen: 6 151 696		

Von der Erbschaftsteuer allgemein befreit und daher in der Statistik unberücksichtigt geblieben sind die Anfälle an Ehegatten sowie Kinder und deren Adkömmlinge, ferner solche unter 500 Mk., da dieser Betrag als untere Grenze der Steuerpflichtigkeit durch § 11 Ziffer 1 des Gesetzes festgelegt ist. Außerdem sind statistisch nicht behandelt die steuerfreien Anfälle aller Art aus Schenkungen unter Lebenden. Nach den besonderen Bestimmungen des Gesetzes sind, abgesehen von den Fällen, in denen der Wertbetrag von den Steuerbehörden nicht besonders ermittelt wurde, 19 043 199 Mk. Erwerb von Todes wegen steuerfrei geblieben.

Außerdem wurden gemäß § 15 (ganze oder teilweise Steuerbefreiung der land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke) in 17 407 Anfällen 805 286 Mk. Steuer untrahoben gelassen.

Wahlprüfungskommission des Reichstages.

Bei Prüfung der Wahl des Grafen v. Oppersdorff (Frankfurt-Lissa) spielte die Frage eine Rolle, ob die mehrfach behauptete politische Agitation in der Kirche eine unzulässige Wahlbeeinflussung darstelle. In der Kommission wurde seinerzeit die Frage mit 7 gegen 7 Stimmen verneint. Das Plenum des Reichstages stellte sich auf den entgegengegesetzten Standpunkt und beschloß Beweiserhebung. In der Sitzung vom Freitag lagen die Ergebnisse der Beweiserhebung vor; sie bekräftigten im wesentlichen die Angaben des Protokolls, daß Herr v. Oppersdorff die Kanzel zu Wahlrechtsweden mißbraucht haben. Unter anderem hat ein solcher geistlicher Herr in seiner Predigt erklärt: Der Teufel im Paradies sei der erste Freisinnige gewesen. — In einem Falle wurden dem Grafen Oppersdorff 72 Stimmen abgezogen und in einem zweiten Falle soll nochmals Beweis erhoben werden, weil die Zeugen nicht vereidigt worden waren.

Darum hand die Wahl des konservativen Abgeordneten v. Maffei (Königsberg-Land-Jülichhausen) zur Prüfung, der in der Stichwahl gegen den freisinnigen Abgeordneten Wagner mit einer Mehrheit von 410 Stimmen gewählt wurde. In den vorliegenden Protokollen werden eine große Anzahl Fälle von Stimmenverlust, Bedrohungen von Wählern, wenn sie nicht konservativ wählten, wie auch grobe Unregelmäßigkeiten in den Wahllokalen angegeben. In einem Orte hat die Wähler vor der Wahl von konservativen Agitatoren bedrängt mit Schnaps traktiert worden, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden

mußten. Als Zeuge dafür wird die Krankenhausleitung angegeben. — Die weiteren Verhandlungen wurden schließlich auf Dienstag vertagt.

Jesuiten nicht gegen Soldaten.

Einige süddeutsche Zentrumsblätter protestieren energisch gegen den von der Regierung eingeleiteten Schacher mit dem Zentrum: Mehr Soldaten gegen die Jesuiten. So sagt der „Nahrer Anzeiger“, ein badißches Zentrumsorgan:

„Was uns mit Mißtrauen und Besorgnissen erfüllt, das sind die Umstände, unter die „Erhebungen der Regierung“ wegen der Jesuiten erfolgen. Die Zentrumsgegner und die Feinde der Jesuiten scheinen von Ruhhandel. Die Verhältnisse sind leider derart, daß man Mühe haben wird, die böse Wirkung dieses Schlagwortes zu paralysieren. Auch dürfen wir der Regierung nicht über den Weg trauen; ihr sieht ein derartiger hinterlistiger Schlag gegen das Zentrum ganz gleich. Das Jesuitengeßetz läßt sich auf die Dauer doch nicht aufrecht erhalten und deswegen will das katholische Volk, wollen auch die Jesuiten aus begreiflichen Gründen selbst nicht, daß die ärmste und den Katholiken so heilige Sache der Zurückberufung der Jesuiten Gegenstand irgend einer Handelschaft wird.“

Dieser Mahnruf wird nicht viel nützen. Die Zentrumsfraktion des Reichstages treibt den Schacher nunmehr 40 Jahre; und Windhorst war ihr Lehrmeister. Aber typisch ist es immerhin, daß dem Zentrumsblatt doch bange wird vor den Wirkungen des politischen Ruhhandels. Eine Milliarde Mehrbelastung gegen ein paar hundert Jesuiten; das ist ein schlechtes Geschäft, welches das deutsche Volk macht.

Noch eine „Schweinerei“.

Der Kammerherr v. Oldenburg hat in einer Bänderversammlung in Schlochau gesprochen und sich dabei auch recht freimütig über die Zeit des Bülowblocks geäußert. Bei der Erörterung der neuen Steuervorlagen gab er dem Reichstag die Signatur, er sei das radikalste Parlament der Welt. Dann meinte der Kammerherr nach der „Königsberger Hartungischen Zeitung“: „Fürst Bülow war ein sehr kluger Mann, dies konnten am besten diejenigen beurteilen, welche wußten, wie wenig er eigentlich verstand. Er hat sieben Jahre regiert und hat stets die Menschen gefragt, was er tun solle. Dies ging so lange gut, wie er die richtigen Männer fragte. Sinein fiel er erst, als er sich bei der Erbschaftsteuer von dem Abg. Baffermann vorrechnen ließ, daß er eine Majorität von fünf Stimmen hätte. Damit war es nichts. Daher sein Abgang.“

Als Bülow den Reichstag auflöste, da machte das Zentrum eine Machtprobe, und als es zur Auflösung kam, ging ich zu Bülow. Er sagte: „Sie sind ein ehrlicher Mann, was wird aus der Sache?“ Ich gratulierte ihm zu seinem Entschluß und sagte: „Wenn der Preuße einen Ruf in die Kandare bekommt, dann geht der Schwanz in die Höhe.“ Später, als der Erfolg da war, sagte er zu mir: „Sie hatten Recht, der Schwanz ist in die Höhe gegangen.“ (Große Heiterkeit.)

Mein Groll gegen die Nationalliberalen rührt von damals her, als sie uns bei der Finanzreform plötzlich im Stich ließen, trotzdem man erst in der Kommission mit uns ging. In meiner parlamentarischen Tätigkeit bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir, wenn wir ausgeschaltet wurden, schlechte Geschäfte nicht gemacht haben. Zum Beispiel bei Beratung der elsäß-lothringischen Verfassungsfrage haben wir nicht mitgemacht, da wir als Parlamentarier sowohl wie auch als Privatmänner dachten, es wäre eine Schweinerei . . .“

Eine Schweinerei ist's, daß das Junkerpad das deutsche Volk am Gängelbände führen und noch verhöhen kann.

Vor der Wehrabgabe zu drücken

Juchen sich gegenwärtig an der badiß-schweizerischen Grenze deutsche und schweizerische Kapitalisten. Bei den Banken in Basel und Zürich sind nicht weniger als 150 Millionen Mark niedergelegt worden, die man der deutschen Wehrabgabe als Vermögensobjekt entziehen will. Wenn die Prozentpatrioten bezahlen müssen, reißen sie aus! Ein herrliches Zeugnis für die wahre Einschätzung des Hurrapatriotismus.

Herr v. Kröcher parlamentsmüde.

Jordan v. Kröcher, der starke Mann, der einst der Sozialdemokratie die Vernichtung androhte, hat es ausgegeben, dieses Ziel zu erreichen. Im preußischen Landtage hat er längst den Präsidentensitz verlassen, weil er mit den 6 Sozialdemokraten nicht fertig zu werden vermochte, und nun will er, nachdem sein Mandat kassiert worden ist, auch nicht wieder in den Reichstag zurückkehren. Wie von nationalliberaler Seite berichtet wird, gedenkt er, für die bevorstehende Nachwahl nicht wieder zu kandidieren. Der starke Mann verschwindet unverrichteter Dinge von der Bildfläche — die Sozialdemokratie aber bleibt.

Freiheit in Preußen.

Das polnische Wahlkomitee für den Wahlkreis Oppeln in Schlesien beschloß unter Zustimmung der polnischen Vertrauensleute des Kreises, die beiden aufgestellten polnischen Kandidaten fallen zu lassen und Wahlenthaltung zu üben. Begründet wird dieser auffällige Schritt damit, daß der konservative Gegenkandidat Lück der Landrat des Kreises ist „und daß deshalb die Aufstellung unabhängiger Wahlmänner im Kreise geradezu unmöglich ist.“ Schon bei den letzten Erziehungswahlen sei der materielle und moralische (?) Schaden auf polnischer Seite ganz empfindlich gewesen. — Und trotzdem gehören die Polen zu den süßenden Säulen derjenigen, die dieses System aufrechterhalten.

Holland.

Die holländische Wahlrechtsaktion. Amsterdam, 18. April. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat heute den Aufruf zu den großen Wahlrechtsdemonstrationen veröffentlicht, die die Wahlkampagne einleiten. Wir entnehmen dem Aufruf folgendes: War der rote Dienstag (Demonstrationen gelegentlich der Parlamentsöffnung im

Haag) vom Jahre 1912 ein Tag revolutionärer Kraft, so muß ihn der rote Montag vom Jahre 1913 an wirklicher revolutionärer Bedeutung noch übertreffen. Und er wird dies tun, wenn die holländischen Arbeiter, insbesondere die Arbeiter aus Amsterdam und Rotterdam mit den umliegenden Orten, sich der Verantwortlichkeit bewußt sind, welche ihnen von der Gewerkschaft und der politischen Partei zugewiesen ist. Der Beschluß des Osterkongresses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, nach einer Verständigung mit dem Vorstand des Gewerkschaftsverbandes gefaßt, und der dahin geht, die Arbeiter in Amsterdam, Rotterdam und umliegenden Orten anzuspornen, massenhaft an der Wahlrechtsdemonstration teilzunehmen, ist der Anfang einer Wendung im Wahlrechtskampf. Die Bewegung greift von der rein politischen zur wirtschaftlichen Aktion über. Unsere Bewegung will und wird keinen Schritt zurückgehen. Jeder neue Schritt muß ein Schritt vorwärts sein. Wohlau, das Gebiet der unpolitischen Agitation ist von uns verlassen; wir standen am letzten roten Dienstag vor den Bajonetten; auf diesem Wege weiterzugehen, würde bedeuten: in die Bajonette zu dringen. Wollen wir das vermeiden und trotzdem weiter gehen, so hat die ökonomische Kraft der Arbeiter, die Bedeutung der Arbeiter im Produktionsprozeß, die politische Aktion zu stärken; dann sollen die Arbeiter nicht nur ihren Willen als Staatsbürger, sondern auch ihre Macht als Produzenten des Reichtums, als die unentbehrliche Kraft zur Ausübung des Gewerbes, Handels und Verkehrs in die Waagschale werfen. Wir eröffnen jetzt den Weg für die neue Aktion, indem wir die Arbeiter in und um unsere beiden großen Handelsstädte, die Arbeiter in den Zentren unseres Großkapitalismus, aufrufen zur Teilnahme an einer Demonstration, an einem Arbeitstage. Diese Tagesdemonstration kann nur Erfolg haben, wenn viele Tausende an diesem Tag ihre Pflicht als Kämpfer für ihre Klasse über ihre Pflicht als Lohnarbeiter für den Kapitalisten stellen — wenn die Arbeiter massenhaft am Demonstrationstage feiern!“ Die Demonstrationen finden Montag, den 2. Juni, statt.

Belgien.

Aufruf der Parlamentsfraktion. Die Parlamentsfraktion erläßt an die belgischen Arbeiter ein Manifest, in dem es heißt: Angesichts der Vertagung der Kammer sei eine Ausdehnung des Streiks und dessen ruhiger Charakter notwendiger als je. 400 000 Streikende verdienen Glückwünsche und Dank. Friedliche Unbeweglichkeit sichert Macht und Sieg. Hoch der Generalstreik! — Infolge des Sechertreiks erscheint der „Peuple“ jetzt in Lille in der Druckerei des „Reveille du Nord“ in gewohntem Format und in der Auflage von zwei oder vier Seiten unter Verwaltung und zugunsten des Streikkomitees.

Balkan.

Alles um Geld. Der montenegrinische König ist ein Schlauberger. Er weiß, daß, nachdem die Serben von Skutari abgezogen sind, ihm die Möglichkeit genommen ist, die Festung jemals zu Fall zu bringen. Trotzdem sträubt er sich, die Belagerung aufzuheben. Der Grund ist offensichtlich: Er will aus den Großmächten recht viel Geld in Form einer Anleihe herauspressen. Inwieweit ist er auch seinem Ziele schon nähergekommen, als die sechs Großmächte bereit sein sollen, ihm ein internationales Darlehen von 2 4 Millionen Mark zu verschaffen. Der Schlauberger bekommt sein Geld und kann dann in seinem Lande unbequemen Leuten, soweit er sie nicht in die Kerker werfen lassen kann, den Mund stopfen.

Nunmehr hat auch Montenegro sich bereit erklärt, vorbehaltlos seine Zustimmung zu den Vermittlungsvorschlägen der Großmächte auszusprechen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 21. April.

Kampf. Unser Menschenleben ist ein ewiger Kampf, und wenn wir zurückbliden auf all die Jahrtausende und Jahr-millionen der Erdentwicklung, so finden wir auch dort stets und überall den Kampf. Und doch, welch ein Unterschied zwischen dem Kampfe, der all die vergangenen Zeiten erfüllte, und dem Kampfe, der unserm Leben seinen Inhalt gibt.

Nicht als ob ein prinzipieller Unterschied vorhanden wäre. Nein, die Natur ist ein ewiges, einheitliches Ganzes, in dem die steigende Entwicklung nur graduelle Unterschiede schafft. So ist es auch der eine Begriff des Kampfes, der das Leben von einst und jetzt erfüllt; nur der Inhalt und der Wert sind verschieden. Jedem Kampfe gemeinsam ist das Streben nach Leben, nach Erhaltung und Entwicklung. Wenn das Tier kämpft, so kämpft es für sein Leben, und durch dieses Streben nach Leben dient es wieder der Erhaltung des Ganzen, zu dem es gehört. Unbewußt lebt das Tier wie jedes Lebewesen der Entwicklung des Ganzen dadurch, daß es für sein eignes Leben kämpft.

Je mehr das Herz sich bildete und der Verstand, um so mehr fühlte der Mensch, daß der Kampf im Endzweck diesem Ganzen gilt. Und je höher sich sein Innenleben gestaltete, um so mehr erfüllte ihn das Verlangen, nicht so sehr für sein eignes Leben als für das Ganze zu kämpfen, sein eignes Leben einzusetzen für die Allgemeinheit. Das ist der Kampf in seiner höchsten Form, das ist der Kampf, der in unfern Reichen gekämpft wird. Etwas Hohes und Heiliges steht in diesem Kampfe, ihm fehlt das Plumpe und Hohe, das der Kampf sonst an sich hatte und bei jenen andern heute noch hat, er ist das Leben in seiner edelsten Art, die praktische Konsequenz des höchsten Triebes, den die Natur geschaffen, der Liebe.

Ein Veteran der Arbeiterbewegung Lübeds, der frühere Schuhmacher Weier, Glodengießerstraße, feierte am letzten Sonnabend das Fest seiner goldenen Hochzeit. Weier gehörte bereits dem deutschen Arbeiterverein an und war später ein eifriges Mitglied der Partei. Trotz der Alterserscheinungen, die sich bei ihm einstellten, bewahrte Weier stets unserer Bewegung seine lebendige Anteilnahme. Wir wünschen den beiden Alten noch einen langen sonnigen Lebensabend.

Ein Unterrichtskursus für Aufsichtsratsmitglieder des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine wurde gestern vormittag in der „Flora“ hierzuland eröffnet. Es ist vorgesehen, daß an vier Sonntagen acht instruktive und belehrende Vorträge gehalten werden, die die verschiedensten Gebiete des Genossenschaftswesens behandeln. Die Beteiligung ist sehr stark. Aus 37 Orten waren etwa 160 Aufsichtsratsmitglieder er-

Wägenen. Weiter nahmen die Mitglieder des Genossenschaftsrates sowie einige andere tätige Mitglieder des Lübecker Konsumvereins an dem Kausus teil. Nach einigen einleitenden Begrüßungswörtern, erstattete Herr Rupprecht das erste Referat über das Genossenschaftsgesetz und die rechtliche Stellung des Aufsichtsrates. In klarer präziser Weise erläuterte der Redner die wichtigsten Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, deren Kenntnis für die Aufsichtsratsmitglieder von besonderer Wichtigkeit ist. Nach einer kurzen Mittagspause gab Genosse A. Kasch einen längeren interessanten Überblick über die Geschichte und den Stand der deutschen Genossenschaftsbewegung. Die nächsten Vorträge werden am kommenden Sonntag gehalten.

Mildes Wetter in Sicht. Die Hochener Wetterwarte äußert sich über die Wetterlage und die Aussichten zu ihrer Veränderung: In den Frühjahrsmonaten sind Kälterückfälle eine fast alljährliche Erscheinung. Ihre Vorbedingung ist das Vorhandensein eines barometrischen Maximums im Nordwesten Europas und eines barometrischen Minimums über dem europäischen Festlande. Diese Druckverteilung bedingt die Zufuhr von Luftmassen, deren Ursprung im hohen Norden liegt und deren Temperatur daher eine außerordentlich niedrige ist. Tritt dann gleichzeitig in der Nacht — gerade unter dem Einflusse eines nordwestlichen Hochs — Aufklaren ein, so erfolgt eine vermehrte Wärmeabstrahlung vom Erdboden aus, und diese führt unbedingt zu mehr oder weniger starken Nachfröhen. Eine derartige Luftverteilung war nunmehr im Prinzip am Montag, dem 7. April, gegeben, wo hoher Druck über dem Nordwesten Europas und ein Tief über dem Kontinent lag, mit einem Kern über Schlesien. Der erste Kälterückfall trat dann auch in der Nacht von Montag auf Dienstag der vorangegangenen Woche ein, und es blieb so bis Mittwoch, da die Wetterlage sich zunächst kaum änderte. Am Mittwoch erschien ein Tief östlich von Sibirien, zog südlich und brachte damit vorübergehend Trübung, Regenfälle und damit etwas Erwärmung. Am Freitag jedoch breitete sich aufs neue die für Nachfröhen charakteristische Luftverteilung vor, und es trat dann auch am Sonnabend und Sonntag wieder kälteres Wetter mit ausgebreiteten Nachfröhen ein. Der Frost war diesmal sogar noch bedeutend stärker, weil das Vorhandensein von Schnee, der von Freitag auf Sonnabend fiel, die Wärmeabstrahlung um ein Beträchtliches vermehrte. Die Nachfröhen hören auf, sobald im Nordwesten der Luftdruck sinkt und ein Barometerminimum sich dabei bildet, weil dann der Ursprung der zugeführten Luftmassen mehr nach dem wärmeren Atlantischen Ozean verlagert wird. Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Ein Tief liegt bei Island und nähert sich dem Festlande. Damit hört das kalte Wetter auf. Es sind nunmehr mildere Temperaturen zu erwarten.

Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staate während des Monats März 1913. Die Zahl der Eheschließungen betrug 75 (1912: 59), die der Lebendgeburt 231 (226) und die der Sterbefälle 166 (146). Der Geburtenüberschuss belief sich demgemäß auf 65 (80). Uneheliche Geburten kamen 45 (28) mal vor. Totgeburt wurden 8 (2) mal registriert.

b. Dritte Strafkammer am 19. April. Vergehen gegen das Krankenversicherungsgesetz. Der Mechaniker M. war in der Geldkammer und benutzte deshalb die Kranken- und Invalidenfassenbeiträge seiner Arbeiter resp. seines Lehrlings, denen die gesetzlichen Abzüge gemacht wurden, im vorigen Jahre einige Zeit für sich. (Etwa 16 Mk.) Als Anzeige erstattet wurde, schickte sich M. sofort an, das Verjährt nachzuholen. Das Gericht sah die momentane Notlage M. als gegeben an, verurteilte ihn jedoch zu 100 Mark Geldstrafe — die Hälfte des vom Staatsanwalt beantragten — und führte besonders an, daß die einschlägigen Vorschriften von den Arbeitgebern unter allen Umständen eingehalten werden müßten. — **Gefährlichkeit auf dem Lande.** Wegen Beleidigung des Bezirksschullehrers M. in Tramm war der Moskereiverwalter Fr. angeklagt. Unter den Zeugen, die im Laufe der Jahre dem Bezirksschullehrer enttanden, war auch der Angeklagte. Erst die besten Freunde, soll sich nach dem Eintritt M. in die Meiereigenossenschaft ein Gegenlag herausgebildet haben, der sich schließlich so weit zuspitzte, daß Fr. an die Oberschulbehörde zwei Briefe schrieb, in denen dem Lehrer Trägheit und Summelei in Ausübung seines Berufs vorgeworfen wurde. Ferner erhob der Angeklagte den Vorwurf, er könne einen Mann als Lehrer nicht mehr achten, den man öffentlich als Lumpen und Betrüger bezichtigt habe. M. habe auch den Angeklagten zum Betrug gegen die Genossenschaft verleiten wollen. Der Bezirksschullehrer erklärte, das Vorgehen gegen ihn gehe nur von einem kleinen Teil der Gemeindeglieder, der ihn aus Tramm hinaus haben wolle. Der Kronzeuge, der ihn Lump und Betrüger genannt habe, sei ein bekannter Bagabund und Trunkenbold, der so quasi nur vom Mitleid anderer lebe. Das Auffordern zum Betrug sei nur eine Redensart gewesen, die er angewandt habe, weil davon gesprochen worden sei, daß in der Verwaltung der Meierei nicht alles so geklappt habe, wie es sollte. Deshalb habe er zu Fr. einmal gesagt: „Die dummen Bauern müssen einmal ordentlich übers Ohr gehauen werden.“ Durch diesen Ausspruch hätte Fr. nur aufgegiacht werden sollen, den Gerichten nachzuspielen. Denn wenn die Bauern sehen, daß ihre Interessen gefährdet sind, wärs für ihn am besten zu gehen. Uneheliche Motive hätten dabei nicht mitgespielt. Ebenso fern habe ihm gelegen, Fr. aus der Meierei herauszubringen. Die ihm als Lehrer vorgeworfene Trägheit sei nur kleinliche Reiberei, die umgekehrt besser andern zur Last gelegt werden könnte. In den Zeugnisaussagen kommt zur Geltung, daß M. vor etwa 4 Jahren etwa 10—12mal Karten gespielt, Spielschulden von etwa 150 Mark gemacht und nicht bezahlt habe. Beim Kartenspiel sei es jedesmal zum Krach gekommen; einmal sei der Verdacht des Faltspiels durch den Lehrer aufgetaucht und im allgemeinen habe er nie Geld in der Tasche gehabt, um die Spielschulden zu bezahlen. Der eine Zeuge bezeichnete ihn deshalb in der Wirtschaft als Lump, da von ihm nichts zu kriegen war. M. will gerade deswegen, weil er so behandelt wurde, die Ehrenschuld nicht abgetragen haben. Eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Verteidiger Fr. und dem Staatsanwalt entfiel bei der Frage, ob der Lehrer sein eigenes Spartaufbuch oder dasjenige eines Mündels als Pfand gab, um 60 Mark geborgt zu erhalten. Im Buche selbst waren nur 45 Mark Kapital verzeichnet. Das Buch wurde allerdings sofort wieder eingelöst. Der Verteidiger behauptet auf der positiven Feststellung dieses Zweifels, das Gericht sieht diesen Einwand für nicht haltbar an und verurteilt die Verhandlung auf Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Das hiesige Kriegsgericht verurteilte am Sonnabend den Sergeanten F. zu 3 Wochen und den Gefreiten S. zu 14 Tagen Mittelarrest wegen Vernichtung übrig gebliebener Patronen. Die Verhandlung fand, wie bereits berichtet, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Gefährliche Körperverletzung. Gestern mittag zwischen 12 und 1 Uhr überfiel der in der Fißhergrube 44/1 wohnende Produktfabrikant Becker den im gleichen Gang wohnenden Metallarbeiter Friedrichs und verletzte ihn durch vier Messerstiche in Brust und Leib schwer. Die blutige Tat spielte sich in der Fißhergrube ab. Becker wurde darauf verhaftet. Der Messerscheld hat schon wiederholt Nachbarn mit gefährlichen Werkzeugen bedroht, doch hat die Behörde, wie uns mitgeteilt wird, es bisher immer abgelehnt, ihn zu verhaften, weil er

geistkrank sei. Man läßt aber doch keinen Geisteskranken, der zur Gefahr für seine Mitmenschen wird, frei herumlaufen. Jetzt erst, nachdem Blut geflossen ist, wurde der Mann verhaftet. Muß denn erst immer ein Kind in den Brunnen fallen, bevor er zugebeut wird?!

Ueberlandflug Lübeck—Schwerin—Wismar—Rostock. Eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der vorgenannten Städte fand am Sonnabend nachmittag in Schwerin statt. Herr Schiffsmatrosen Müller-Lübeck berichtete über die durch ihn geführten Vorverhandlungen mit der Flugindustrie und entwarf in großen Zügen einen Plan über die beabsichtigte Veranstaltung. An Gesamtmitteln sind etwa 30 000 Mk. erforderlich. Beabsichtigt ist die feste Verpflichtung von sechs erstklassigen Fliegern, wozu einige voraussichtlich kombinierte Land- und Wasserflugzeuge benutzbar werden. Als Termin der Veranstaltung wurden die Tage vom 21. bis 24. Juni in Aussicht genommen. Die Vorführung der Flugzeuge in Lübeck soll am Sonnabend dem 21. Juni erfolgen, und zwar sind Schauflüge sowie eventuell Wasserlandungen auf der Wakenitz geplant. Am Sonntag dem 22. Juni beginnt der Ueberlandflug nach Schwerin, woselbst nachmittags wiederum Schauflüge stattfinden. Am 23. Juni wird der Flug nach Wismar fortgesetzt und, nachdem auch dort einige Schauflüge gezeigt worden sind, am gleichen Tage nach Rostock weitergefliegen. Am 24. Juni wird die Veranstaltung mit Schauflügen in Rostock beendet. — Dieses vorläufige Programm wurde von den anwesenden Herren gebilligt.

Wegebenennung. Durch Beschluß des Senates ist dem neben dem Gebäude der Landesversicherungsanstalt von der Kronsförder Allee zur Kaporspstraße führenden Wege die Bezeichnung Gehhardweg beigelegt worden.

pb. Verhaftet wurde ein Hausdiener aus Berlin wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung.

pb. Diebstahl beim Uhrmacher. In der Nacht zum 20. ds. Mts. sind aus einem Schaufenster in der Pfaffenstraße 18 Radeluhrketten und 3 Taschenuhren mit Stahlgehäuse gestohlen worden.

pb. Wer ist der Eigentümer? An der St.-Lorenzbrücke, bei der Viehhalle, wurde ein Handwagen — schottische Karre — gestohlen, welcher schon einige Tage dort umhergestanden hatte. Der Eigentümer der Karre kann dieselbe auf der Polizeiwache in der Hanfsstraße in Empfang nehmen.

**Väter und Mütter
der Arbeiterschaft!**

Schickt eure schulentlassenen
Söhne und Töchter zu den
Veranstaltungen der :: ::

Freien Jugend Lübecks!

Hamburg. Ein Landhai vor Gericht. Der frühere Kapitän Albert Heinrich Witt betrieb im Jahre 1910 in Hamburg ohne polizeiliche Erlaubnis die gewerbmäßige Stellenvermittlung für Schiffsleute. Seine Spezialität bestand darin, junge Leute aus Süddeutschland für ausländische Schiffe anzuwerben. Er inserierte in den Zeitungen „Dahheim“ und „Gar tenlaube“, daß er jungen Leuten aus Süddeutschland, die sich als Schiffsjungen für die Handelsmarine anwerben lassen wollten, mit Rat zur Seite stehen und auch die Ausrüstung zur See verschaffen könne. Seine Forderung für die Beschaffung der Ausrüstung und die Beschaffung eines Segelschiffes betrug in der Regel 600 Mark. Als Stellenvermittler gab er sich nicht aus, sondern er nannte seinen Geschäftsbetrieb eine „Ausrüsterteilung für Schiffsjungen“. Hatten die Eltern oder Vormünder von jungen Leuten, die den Seemannsberuf ergreifen wollten, sich durch die von W. erlassenen Inserate mit ihm in Verbindung gesetzt, schickte er ihnen erst Prospekte und Zirkulare, die die Annehmlichkeiten des Seemannsberufs schilderten und die die Karriere vom Schiffsjungen bis zum Kapitän erläuterten. In einigen Fällen forderte W. von den Leuten als Vermittlungsgebühr für den Kapitän des betreffenden Segelschiffes 200 Mark; er fügte aber gleich hinzu, „daß die Herrschaften ihm gewöhnlich freiwillig (?) für seine Mühewaltung 150 Mark gäben“. Im Juni 1910 zog W. nach Altona und betrieb hier seine Ausrüsterteilung weiter. Er ist in Altona sowohl im Jahre 1909 mit 30 Mark resp. 100 Mark wegen Vergehens gegen das Stellenvermittlergesetz, wie auch später wegen Betrugs und Vergehens gegen das genannte Gesetz 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Aus der Zeit seiner Hamburger Tätigkeit liegt noch ein Strafbescheid in Höhe von 100 Mark, eventuell 20 Tage Gefängnis, gegen ihn vor, weil er hier ohne polizeiliche Genehmigung den Gewerbebetrieb zur Vermittlung für Schiffsleute ausübte. Er hatte aber gegen den Strafbescheid gerichtliche Entscheidung eingelegt, die heute erst verhandelt wurde, da erst die Altonaer Fälle abgeurteilt werden sollten. Eingangs der Verhandlung erklärte am Freitag W. zunächst, daß das Hamburger Gericht unzuständig sei, da er sein Kontor damals schon in Altona gehabt haben will, und ferner, daß die Fälle, wofür er den Strafbescheid erhalten habe, im September 1911 in Altona vom Schöffengericht mit abgeurteilt worden seien. Aus dem Altonaer landgerichtlichen Urteil, das eine fortgesetzte Handlung angenommen hatte und das in der heutigen Verhandlung verlesen wurde, ging hervor, daß W. in einem Jahre aus der Vermittlung von Schiffsjungen mehr als 6000 Mark eingenommen hätte! Das hiesige Gericht verwarf die Einsprüche des Angeklagten, da es für festgestellt hielt, daß er die Vermittlung auf Schiffen vorgenommen hatte, die im Hamburger Hafen gelegen hatten; auch nahm es keine fortgesetzte Handlung, sondern verschiedene selbständige Handlungen an. Nach längerer Verhandlung, in der W. auch heute wieder bestritt, eine gewerbmäßige Stellenvermittlung ausgeübt zu haben, beantragte jedoch der Staatsanwalt, den polizeilichen Strafbescheid zu bestätigen. Das Gericht gab dem Antrage auch statt, da es für festgestellt hielt, daß W. in vier Fällen Schiffsjungen gegen Entgelt auf ausländische Segelschiffe vermittelt hatte. — Eine Geldstrafe von 100 Mark ist für derartige „Beiräte“ eine viel zu geringe Strafe.

Kiel. Lohnbewegungen der in der Metallindustrie und auf den Werften Kiels beschäftigten Arbeiter. Bei den in der letzten Zeit hier am Orte erfolgten Tarifabschlüssen in den Kleinbranchen der Metallarbeiter ist es ohne wesentliche Kämpfe gelungen, einige Vorteile zu erzielen. In Lohnaufbesserungen während der dreijährigen Dauer der Tarife wurden erzielt bei den Klempnern 4 Pfg., bei den Bauschlossern 5 Pfg. und bei den Schmieden 6 Pfg., bei letzteren auch eine Verkürzung der

Arbeitszeit um drei Stunden wöchentlich. Die Heizungsmonitore und deren Helfer sahen sich zwar, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu geben, am 1. April gezwungen, in den Streik einzutreten. Doch ist auch in dieser Branche der Abschluß eines neuen Tarifs, der eine Lohnaufbesserung von 5 Pfg. vorsieht, bereits erfolgt und die Arbeit wieder aufgenommen. In den mittleren Privatbetrieben, so bei der Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormals Daevel, Bahn u. Kähler, Neufeld u. Kuhne, konnte ebenfalls ohne Kampf annehmbares erreicht werden. Auf den Privatwerften sind zwar ebenfalls in der letzten Zeit einige Aufbesserungen durchgeführt worden, doch befriedigen diese keineswegs. Von den Obmännern der Werften ist daher beschlossen worden, die Lohnbewegung auf den Privatwerften aufs neue einzuleiten und die dazu benötigten Vorarbeiten zu erledigen. In der Hauptsache soll es sich um eine mehr zufriedenstellende Regelung der Einstellungsöhne, der Affordarbeit, sowie insbesondere um eine Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden, wie sie auf der Reichswerft schon seit einigen Jahren besteht, handeln. Die Regelung der Affordarbeit ist insofern von großer Wichtigkeit, da wohl die Löhne um ein geringes in die Höhe gegangen, die Affordpreise dagegen nicht allein die gleichen geblieben, sondern zum Teil noch in die Tiefe gegangen sind. In einer überaus stark besuchten Versammlung der Metall- und Werftarbeiter wurde daher einstimmig die nachstehende Resolution gefaßt: „Die Verjammung nimmt mit Befriedigung Kenntnis davon, daß die Vorarbeiten für die allgemeine Lohnbewegung der Werft- und Metallarbeiter getroffen worden sind. Die Versammelten versprechen, gemeinsam mit der Organisation alles aufzubieten, daß die Verkürzung der Arbeitszeit zur Durchführung kommt und die sonstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse so geregelt werden, daß sie den heutigen Verhältnissen entsprechen. Die Versammlung erwartet von allen Nichtorganisierten, daß sie sich ihrer Organisation anschließen, da nur bei einheitlichem Handeln die Möglichkeit vorhanden ist, die Bewegung zur Zufriedenheit der beteiligten Arbeiter durchzuführen.“

Kiel. Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins von Groß-Kiel. Der Bericht des Aktionsausschusses über seine Tätigkeit im verflossenen Geschäftsjahr ist jetzt veröffentlicht worden. Da nach dem Parteitagbeschlusse das Geschäftsjahr mit dem 31. März abschließen soll, umfaßt das Berichtsjahr nur neun Monate. Die Mitgliederzahl beträgt 11 352, nämlich 9024 männliche und 2328 weibliche. Das ist gegen das Vorjahr ein Zuwachs an Mitgliedern von 772. Auch die Kassenverhältnisse sind gute. Bei einer Einnahme von 51 403,09 Mk. und einer Ausgabe von 44 498,85 Mk. verblieb am Schlusse des Geschäftsjahres ein Kassenbestand von 6904,24 Mk. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken betrug 89 492, es sind durchschnittlich pro Mitglied 8,23 Beiträge geleistet. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit besonders im Baugewerbe, ist das gewiß ein gutes Resultat. Die „Süleswig-Holsteinische Volkszeitung“ wurde im Gebiete der Parteiorganisation von Groß-Kiel in 14 034 Exemplaren gelesen, das sind gegen das Vorjahr 406 mehr. Auch auf dem Gebiete der Agitation wurde viel geleistet. Es wurden 447 000 Flugblätter verteilt. Dazu kommen noch Flugblätter für bestimmte Arbeiterkategorien, die bei Zeitungsagitationen usw. verteilt wurden. Um wichtigen Aktionen verzeichnet der Bericht die Stadtverordnetenwahlen und die Bürgermeisterwahl. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden am ersten Tage 11 785 und am zweiten Tage 12 089 Stimmen für uns abgegeben. Es gelang uns, die Hälfte aller Mandate zu besetzen. Bei der Bürgermeisterwahl, die zugleich auch die erste Beteiligung an den Magistratswahlen darstellte, konnten wir die Wahl eines Reaktionsärts verhindern und mit den Stimmen der Sozialdemokratie wurde ein freisinnig denkender Mann zum zweiten Bürgermeister gewählt. — Der Bericht zeigt, daß die Parteiorganisation in Groß-Kiel wieder ein gutes Stück vorwärts gekommen ist.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Große Kossinen“, Gesangsposse von Bernauer und Schanger; Musik von Bredschneider, Kollo und Jessel. Vor einiger Zeit ging die Mitteilung durch die Presse, daß seitens der Leitung unserer städtischen Bühne ein Prozeß gegen einen Theaterverlag eingeleitet worden sei, weil die Bekannten „Snuten un Poten“ aus der Revue „Rund um die Alster“ dem Publikum im Hanfs-Theater anstatt in dem dafür bestimmten städtischen Kunsttempel vorgeführt wurden. Es schien das ein schlechter Scherz zu sein, durch den Herr Direktor Fuchs kompromittiert werden sollte; denn im Ernst konnte doch wohl kein Mensch glauben, daß Lübeck jährlich eine Viertelmillion Mark ausgibt, damit in der dem „Wahren, Guten, Schönen“ geweihten Stätte in der Bedergrube durch derartigen — vom künstlerischen Gesichtspunkt aus betrachtet — Schund die Bedeutung des Theaters als Bildungstätte verhöhnt werden soll. Aber weder die Theaterbehörde noch die Theaterleitung dementierte die oben erwähnte Meldung. Daß sie doch wohl zutreffend gewesen sein muß, darauf läßt jetzt die Tatsache schließen, daß gestern im Stadttheater eine Berliner Posse von der Minderwertigkeit und Oede, wie die „Großen Kossinen“, aufgeführt werden konnte, die selbst bei einem Vergleich mit der „Snuten-un-Poten“-Revue noch schlecht abgeht. Und das am Abend vor dem Tage, da die Bürgerschaft wieder bedeutende Summen für das Theater bewilligen soll! Es müssen schlechte Ratgeber gewesen sein, welche Herrn Direktor Fuchs dazu veranlaßt haben, entgegen seinem eigenen künstlerischen Geschmack die „Großen Kossinen“ überhaupt und besonders in diesem Moment zur Aufführung zu bringen. Es lohnt sich nicht, über den Blödsinn „Große Kossinen“, den eine fünfköpfige Firma auf dem Gewissen hat, weitere Worte zu verlieren. Da wir in den Herren Heydecker und Paul zwei ausgezeichnete Komiker besitzen, die neben zündendem Humor auch über sehr bewegliche Gliedmaßen verfügen, so gab es doch wenigstens gelegentlich einige Lichtblicke in dem trüblichen Grau des verlorenen Abends. Ein Teil des Publikums amüsierte sich vortrefflich; es gibt eben sehr anspruchslose Leute. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 19. April.
Auftrieb 1910 Schweine. Markt mäßig reg.
Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:
Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 67.— bis 69.— (53,50 bis 54,50), mittel schwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 67.— (53,50 bis 54,50), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 67,50 bis 68,50 (52,50 bis 53,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 67.— bis 68.— (52,50 bis 53.—), geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 66,00 (45,50 bis 50.—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 63.— bis 64.— (50,50 bis 51,00), Qualen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 60,00 bis 62,00 (47,00 bis 48,50).

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwanke. Druck: Joh. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bienenfleiß

Allerfeinste Qualitäten
deutschen Naturhonigs u. Raffinade

Karl
Hauer & Co.
Wahlnalb-
insel.
Fernr. 891.

Vereinigte
Butterhändler
von Lübeck
und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. 1.40 Mk. (3267)

Verkauf
lebender Butt
am Dienstag,
dem 22. April 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Höfstenbrücke und
Entiner Brücke.

Komitee- und
Kommissionssitzungen

Maifeier - Komitee.

Mittwoch abend 8 1/4 Uhr
Sitzung

im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50-52.

Arbeiter - Bildungsverein.

Vorstands - Sitzung
Dienstag abend 8 Uhr präzise

Für die vielen Geschenke und
Aufmerksamkeiten zur Pfingsten
Danksagung herzlich
C. Clasen und Frau.

Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem für die vielen Geschenke
und Aufmerksamkeiten sowie dem
Chorverein („Eintracht“) für das
Gründchen zu unserer goldenen Hoch-
zeit: sagen herzlichsten Dank
Chr. Weier und Frau.

Größere sowie kleinere Maler-
arbeiten werden gut und sauber
ausgeführt. Angebote unter G S
33 an die Expedition d. Z. (3273)

In unserem Verlage ist soeben erschienen:

Heinrich Paternostermater

Ein dunkles Blatt aus der Lübeckischen Geschichte
des 14. Jahrhunderts.

Von Theodor Schwark.

Preis 60 Pfg.

Jedem Freunde der älteren Geschichte Lübecks sehr zu empfehlen.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Aug. Büttner, Uhrmacher
32 Huxstraße 32.

Reparaturen an Uhren werden
unter Garantie sorgfältig u. preis-
wert ausgeführt. (3270) Wecker von
Mk. 1.85 an, Uhrkapsel 35 Pfg.

Jetzt ist es Zeit! Goldschmiede
Magnum: bonum - Wlanzartoffeln
100 Pfd. nur 2 Mk., Epifartoffeln,
100 Pfd. 2.25, 10 Pfd. 30 Pfg. u. and.
guten Sorten Wlanzartoffeln billig
empf. G. Prestin, Neuschauerstr. 60.

Plakate

Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.



Neu erschien
in billiger Volks-Ausgabe:

Die Kommune

Roman von Paul und Viktor
Marguerite.
Uebersetzt von H. Fricke. Mit
Einführung von Herrn. Wendel.

Preis: früher broschiert Mk. 3.—,
jetzt nur Mk. 1.—; gebunden früher
Mk. 7.—, jetzt nur Mk. 1.50.

Der große Helldampf der Pariser
Kommune, den August Babeuf
1871 im Reichstag ein Vorkommnis
der kommenden proletarischen Revo-
lution nannte, entrollt sich in diesem
Buch. Es ist ein Buch, das mit-
teilt, was aufwärts drängt!
Jeder fleißige Arbeiter sollte
diesen Roman, der geistliche Kräfte
mit spannender Handlung vereint,
lesen und lesen!

Bei Postversand von Einzel-Exemplaren 30 Pfg. Porto.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 22. April 1913

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Die Unfallversicherung.
Referent: Arbeitersekretär P. Hoff.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Abrechnung vom 1. Quartal 1913.
4. Bericht vom Kartell und der Vorstandskonferenz.
5. Wahl eines Boten.
6. Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes.
7. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Das Erscheinen der Kollegen ist dringend erforderlich. D. O.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Neuen Stadttheater
am Sonntag, dem 4. Mai, nachm. 3 Uhr präz.:

Fra Diavolo.

Komische Oper in 3 Aufzügen von D. F. C. Auber.

Preis der Karte 75 Pfg. inklusive Garderobe.

Die Auslosung der Plätze erfolgt am Sonnabend, dem 3. Mai,
von 6 1/2 bis 9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Die gelöste Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern ist bei der
Auslosung gegen Empfang der nummerierten Billets zurückzugeben.

Der Vorstand.

Während der Ouverture bleiben die Türen zum
Zuschauerraum geschlossen.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden
und seine Bücher auf billigste
Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete
dem Ende 1911 bereits 93 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
(Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch die
Post d. Porto) erhält man kostenlos:

1. die reich illustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde
mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photo-
graphie und Naturwissenschaft — Technik und
Naturwissenschaft — Hans, Garten und Feld —
Natur und Kunst

2. Anskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von
Büchern, Mikroskopen, h. Vorträgen u. Kursen etc.

3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1912: Gibson-Günther,
Was ist Elektrizität? Dannemann, Wiesener Weltild
entstand; Dr. Floerke, Kriechtiere u. Lurche fremder
Länder; Prof. Dr. Weule, Die Urgesellschaft u. ihre
Lebensfürsorge; Dr. Kölsch, Die Erschaffung d. Seele.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede
Buchhandlung entgegen,
wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart.

Probefhefte und Prospekte postfrei!

Lübeck — Burgfeld.

Das Tagesgespräch von Lübeck

Hugo Haases A.-G.

Figur-8-Bahn.

Täglich ab 4 Uhr nachmittags ununterbrochen im Betrieb.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 23. April 1913

abends 8 Uhr

in der Stadthalle:

30. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:

Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.

Vorletztes Konzert.

Solisten: die Herren Ullrich, Wagner,

Gerber, Pannier und Richter.

Zur Aufführung kommen u. a.:

Ouverture zu „Euryanthe“

C. M. von Weber.

Siegfried-Idyll und Tannhäuser-

Ouverture R. Wagner.

Phantasie aus „Traviata“ G. Verdi.

Programm im Lübecker Konzert-

Anzeiger. (3275)

Neues Stadttheater.

Montag, den 21. April 1913.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 3/4 Uhr.

180. Brit. i. B.-N. 29. Brit. i. Montag-N.

Der Bettler von Syrakus.

Tragödie von Hermann Sudermann.

Schauspielpreise.

Dienstag, den 22. April 1913.

Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

181. B. i. B.-N. 30. B. i. Dienstag-Ab.

Zum letzten Mal:

Samson und Dalila

Oper von Saint-Saëns.

Opernpreise. (3262)

Mittwoch, den 23. April 1913.

Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Auger Abonnement. Kleine Preise.

Alt-Heidelberg.

Schauspiel von W. Meyer-Förster.

Zu Vorbereitung: „Der Widerspenstigen Zähmung“, Oper v. Gog.

Macbeth von Shakespeare mit Gait-

spiel von Paul Wegener vom Deut-

schon Theater in Berlin.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 19. April 1913.

144. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Seeringen.

Militärkret.

3. Tag.

Dr. Pfeiffer (3.): Was Dr. Liebknecht über den Fall Krupp vorgetragen hat, ist im höchsten Maße beschämend. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist darin so viel des höchst Respektlosen und Bedauerlichen, daß es auch durch die gestrigen Erklärungen des Kriegsministers und den in der Presse heute früh mobil gemachten Beschwichtigungsrat nicht aus der Welt geschafft werden kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir sind auch nicht so naiv, uns an den immer an der Strippe bereitgehaltenen und schleunigst herangezogenen „Unterbeamten“ zu halten. Wenn dieser Unterbeamte Tausende für seine Geschäfte aufgewandt hat, so müßte er doch über merkwürdig große Fonds verfügen haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich stimme auch der Meinung des Abg. Dr. Liebknecht zu, daß durch Zettelungen des Großkapitals Kriege entstanden sind. Werden die Fäden so fein gesponnen, wie Herr Liebknecht es gestern auseinandergesetzt hat, so ist es hohe Zeit, daß das Parlament dreinschreie. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Der Kriegsminister hat gestern zum Schluß das hohe Lied von der Firma Krupp gesungen. Wie wird mir da? Wir wissen doch noch, was uns von dem Abg. Müller-Julda und Erzberger über die Klügelsteine und Konkurrenzmanöver der Firma Krupp mitgeteilt worden ist. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Der Redner stimmt dann den Ausführungen des Abg. Haeggen über den Fall der Diedenhofener Kaplane zu und wendet sich weiter gegen die Konkurrenz, die den Zivilberufsmännern durch die Militärkapellen gemacht wird.

Götting (N.): Auf die Enthüllungen des Abg. Liebknecht einzugehen, haben wir vorläufig keinen Anlaß. (Lachen bei den Soz. — Lebedour: Das ist echt national-liberal!) Wir müssen die Aufklärungen abwarten über die Person des Täters und seiner Macht innerhalb der Firma.

Kriegsminister v. Seeringen: Es ist ja selbstverständlich, und das Verhalten des Kriegsministeriums in der Vergangenheit beweist das ausdrücklich, daß die Heeresverwaltung solche Praktiken, die im Falle Krupp in Frage kommen können, auf das schärfste mißbilligt, und daß sie keinen Augenblick zögern wird, sobald die Ermittlungen dafür den erforderlichen Anhalt geben, der Angelegenheit näher zu treten.

Dove (Wp.): Die gestrigen Mitteilungen des Abg. Liebknecht haben ein derart peinliches Aufsehen innerhalb und außerhalb des Hauses erregt, daß es doch wünschenswert ist, die Momente, die schon jetzt einer Besprechung unterzogen werden können, nicht mit Stillschweigen zu übergehen. (Sehr richtig! links.) In einer Zeit, wo dem Volke so große Lasten für das Heer auferlegt werden, muß es doch außerordentliches Bedenken erregen, wenn festgestellt ist, daß interessierte Firmen sogar mit Benutzung der Auslandspresse für Heeresvermehrungen Stimmung machen. Die Heeresverwaltung muß alles tun, um solche Dinge für die Zukunft zu verhüten. (Sehr richtig! links.) Im Fall Krupp ist allerdings der Nachweis noch nicht geführt, daß der Unterbeamte im Auftrag der Direktion gehandelt hat. Das bisher festgestellte begründet aber schon die Notwendigkeit, mit größter Schärfe dem Schmuggelwesen im Heere entgegenzutreten. Der Kriegsminister hat bisher keine Schuldfrage getan. Wir erwarten, daß er sie auch weiter in dieser Frage tun wird. (Beifall bei der Volkspartei.)

Liebknecht (SO.): Der Kriegsminister hat mir gestern zunächst mit einem nationalökonomischen Galimatias geantwortet, auf den ich nicht eingehen will. Es sind im Falle Krupp militärische Geheimnisse verraten worden (Hört, hört! bei den Soz.), und das muß auch dem Kriegs-

minister bekannt sein. Die Firma Krupp hat diese Dinge als das Allerheimliche und das Allerintimste behandelt. Nun wird hier immer von den „Unterbeamten“ gesprochen nach der Methode, die kleinen Diebe zu hängen und die großen laufen zu lassen. Gehört aber etwa Herr v. Dewig in Eilen zu den Kleinen der Firma Krupp? (Hört, hört! bei den Soz.) In seinem Schrank sind vom Berliner Untersuchungsrichter die ganzen Geheimdokumente beschlagnahmt worden. (Hört, hört! links.) Ich habe vom Kriegsminister selbstverständlich keinen Dank erwartet, daß er aber glaubte, der Firma Krupp einen besonderen Dank abstratten zu müssen für ihre großen patriotischen Leistungen, das müßte doch etwas eigentümlich an. (Lebh. Zustimmung.) Der Kriegsminister sagte sich vielleicht, einstmal die Firma Krupp zusammen, so hat unser deutscher Vaterlandspatriotismus einen schweren Schlag erlitten. Das hat sich schon in der Presse. Die „Deutsche Tageszeitung“ registriert die Vorgänge unter der Überschrift: „Eine Beleidigung der Firma Krupp.“ (Lebh. Hört, hört!) (Abg. Dewig meldet sich zum Wort.) Der Herr Kriegsminister hat gesagt, wieviel wir in Deutschland der Firma Krupp verdanken; ich stelle die Gegenfrage: Was verdankt die Firma Krupp dem deutschen Volke? (Sehr gut! links.) Sind ihre Leistungen nicht sehr gut bezahlt worden und stammen die hunderte von Millionen, die sie heute hat, nicht aus den Taschen der Arzten des Volkes? (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Vielleicht erinnert sich der Kriegsminister an den Brief, den Herr Friedr. Krupp am 29. April 1866 an Napoleon III. gerichtet hat. Darin wird die „erbare Majestät“ gebeten, einen Atlas anzunehmen, der eine Sammlung von Zeichnungen in den Kruppischen Werkstätten ausgeführter Gegenstände enthielt. „Ich gebe mich der Hoffnung hin“, heißt es in dem Briefe, „daß besonders die letzten vier Seiten, die die Geschichtsanalogen darstellen, (Lebh. Hört, hört!) die ich für verschiedene hohe Regierungen Europas angefertigt habe, einen Augenblick die Aufmerksamkeit Ew. Majestät auf sich lenken dürften, und meine Kühnheit entschuldigen werden. Mit dem tiefsten Respekt, mit der größten Bewunderung — hinzuzufügen könnte man: und in der Hoffnung auf zahlreiche Bestellungen (Seiterkeit und Sehr gut!) — bin ich Ew. Majestät untertänigster und ergebener Diener.“ In den „Bettelbriefen deutscher Patrioten“ ist auch die Antwort Napoleons abgedruckt. Es heißt darin, daß Se. Majestät lebhaft den Erfolg und die Ausdehnung einer Industrie wünscht, welche die Bestimmung hat, der Menschheit beträchtliche Dienste zu erweisen. (Große Seiterkeit bei den Soz.) In das Kruppische Wappen sollte man einen Heiligenschein aufnehmen, in dem der Name Napoleon III. eingegraben ist. (Seiterkeit.) Der Kriegsminister hat der Firma Krupp nicht nur besonderen patriotischen Dank ausgesprochen, er hat mir sogar einen kleinen Vorwurf gemacht, daß ich die Sache vorgetragen hätte; es würde das nicht förderlich für die Untersuchung sein. Die Art seiner Antwort beweist allein schon, wie notwendig es war, die Sache jetzt vorzubringen, und ebenso die Tatsache, daß der Kriegsminister zugegeben hat, ihm sei der unerhörte Brief der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik bereits seit zwei Jahren bekannt und er habe doch nichts gegen die Firma unternommen. (Hört, hört!) obwohl dieser Brief auch für die härtesten Nerven der stärksten Geschäftspatrioten doch ein starkes Stück ist. Wie nötig es war, das Material vorzubringen, geht auch daraus hervor, daß die in der Hauptsache abgeschlossene Untersuchung nunmehr gegen denjenigen ausgedehnt wird, den man im Verdacht hat, daß er mir die Mitteilungen gemacht hat. (Lebh. Hört, hört!) Das ist eine alte bewährte Methode in Preußen: wird ein Mißstand aufgedeckt, so wird gegen den eingeschritten, der ihn aufgedeckt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im übrigen: die Untersuchung kann nicht gefährdet werden, denn alles Material ist bereits in den Händen der Richter. (Hört, hört!) Mit diesen Mitteilungen so lange zu warten, bis die Heeresvorlage unter Dach und Fach ist, das konnte mir natürlich nicht beikommen. Nun wird man noch mehr als bisher wissen, daß es gegenwärtig keine größere Gefahr für den europäischen Frieden gibt, als die französische und die deutsche Heeresvorlage, und diese letztere ist zum großen Teil ein Produkt der Arbeit die-

ser Geschäftspatrioten, von denen ich spreche. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Gemeinwohl hat es gefordert, diese gemeingefährlichen Praktiken der Munitionsfabriken aufzudecken. (Sehr wahr!) Ich frage den Herrn Kriegsminister der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, von dem die Minister Werh und von Krupp. Der Kriegsminister hat Krupp zu drei Vierteln in Schutz genommen und vertritt Krupp auf die Waffen- und Munitionsfabrik hat er zu sagen, daß es nichts getan hat, und er hat auch nicht gesagt, was er tun zu tun gedenkt, und über Dillingen hat er gesagt, daß er es nicht weiß. (Hört, hört!) Ich leite daraus den Schluß ab, daß bei dem Kriegsminister die erforderliche Energie zum Durchführen nicht vorhanden ist, und daß er den Standpunkt nicht eingenommen hat, der gar nicht mehr distinktionlos ist, in einer Verwaltung und in einem Parlament, die so distinktionlos halten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Sache ist dabei von weit größerer Bedeutung, als durch den Fall Krupp angedeutet wird. Ich habe gestern auf den Fall Krupp in Dillingen hingewiesen. Es ist ja bekannt, daß die Munitionsinteressenten alle untereinander kartelliert sind, und daß Krupp der führende Name in der Rüstungsindustrie ist, und wenn das, was ich vorgetragen habe, bei der Firma Krupp, der angesehensten aller dieser Fabriken, vorkommt und nicht mehr beschränkt werden kann, was für ein Licht wirft das dann auf die gesamte deutsche Rüstungsindustrie, dessen haben wir uns dann zu versehen, bei den ähnlichen Unternehmungen auf diesem Gebiet? (Lebh. Sehr wahr! b. d. Soz.) Die größte Vorsicht ist hier geboten, der Kriegsminister müßte eine allgemeine Enquete rücksichtslos all diesen Firmen gegenüber veranstalten; denn alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die anderen Firmen in ihren Geschäftspraktiken nicht wesentlich anständiger sein werden als Krupp und die Waffen- und Munitionsfabrik. Daß dieser Konzern nicht nur ein deutscher ist, sondern ein internationaler, darauf weist der Vorgang Dillingen hin, und der Umstand, daß Krupp ganz unverschleiert in Desterreich-Ungarn an einem größeren Konzern teilnimmt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Daß es sich um Sachen von prinzipieller Bedeutung für das Wohl des Vaterlandes handelt, dürfte wohl außer Zweifel stehen. Ich habe dargetan, daß die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik in der ausländischen Presse falsche Berichte verbreitet, um auf diese Weise in Deutschland Stimmung zu machen für eine neue Heeresvorlage, ich habe nachgewiesen, daß die Firma Krupp mit Bestechung arbeitet, mit den Mitteln des Verrates militärischer Geheimnisse, und daß sie damit bereits seit Jahren arbeitet, und zwar mit Kenntnis hoher Angestellter der Firma. Das sind Dinge, von allergrößter Bedeutung, die dazu führen müssen, daß die Stellung des Reichstages zu der Frage unserer Rüstungen und der Art unserer Rüstungen sich sehr wesentlich verändern muß. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Wer die Bestechlichkeit der unteren und oberen Beamten der Militärverwaltung fördert, wie die Firma Krupp es getan hat, der forumpiert diese Beamten, und macht sie auch zugänglich für die Bestechung aus dem Auslande. (Lebh. Sehr richtig!) Das ist wohl kaum die Betätigung hochherziger patriotischer Gesinnung, für die der Dank hatte abgestattet werden müssen, wie es der Kriegsminister gestern getan hat. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Leute, die bei der Firma Krupp, bei der Waffen- und Munitionsfabrik, im Dillinger Wert das große Wort führen und diese Praktiken ausüben, das sind dieselben Leute, denen der größte Teil der Milliarde gezahlt werden soll aus den Taschen des Volkes. (Sehr wahr! b. d. Soz.), die den Hauptprofit aus unserer Militärverfassung, aus den heutigen Zuständen ziehen, und diese Leute sind zugleich die aller schlimmsten Schatzmacher, und dieselben, die der Sozialdemokratie den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zu machen sich erdreisten. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Diese Militärpatrioten dürften gerichtet sein mit ihrem Verfahren, das an Hoch- und Landesverrat grenzt. (Lebh. Sehr wahr!) Ich habe meine Schuldigkeit getan, der Kriegsminister wird sie erst noch zu tun haben. (Sehr wahr!) Es darf nicht verschleiert und vertuscht werden, es handelt sich um Schlimmeres als Panama. (Sehr richtig!) Warten wir ab, ob die Re-

Anna.

Roman von Th. Mügge.

(23. Fortsetzung.)

Um Gerechtigkeit zu üben! fiel Baben mit starker Stimme ein, Gerechtigkeit ja, was ich auch selbst leiden mochte. Offen wollte ich als Kläger auftreten, ich war meiner Sache gewiß trotz aller Verstellung.

Und was hinderte Sie daran? fragte Wilberg im Tone der Verachtung.

Baben schwieg. Seine Stirn rötete sich, er senkte den Kopf und hob ihn wieder empor. — Es ist keine Zeit zum Leugnen und Lügen, sagte er, ich werde aufrichtig sein. — Sie haben mir heut Gelegenheit gegeben, mich zu überzeugen, daß Sie geliebt werden. Ich sah an Stephaniens Seite, während Sie bemüht waren, mit Ihrer Freundin sich zu verständigen. In jener Stunde änderte ich meine Absicht und gelobte mir, einen andern Weg zu wählen. — Niemand soll erfahren, was die Ursache unseres Kampfes gewesen ist. Der Major wird schweigen, von diesem Herrn erwarte ich das Gleiche. — Ich bringe mit, was mir brauchen. Er öffnete das Kästchen, das auf dem Tisch stand. Hier sind Pistolen, in fünf Minuten kann alles abgetan sein.

Wie! rief Wilberg, hier in meinem Zimmer, auf der Stelle!

Einer von uns beiden, fuhr Baben düster fort. — Laden Sie eine der Pistolen, Major, im Beisein des Herrn, der zum Zeugen dient. Legen Sie beide Waffen unter ein Tuch, und wählen Sie dann, Herr Wilberg. Der Tisch mag zwischen uns sein.

Zufrieden? fragte der Major, indem er den Doktor und den alten Herrn anblinzelte. Wilberg schwieg. Er besah ein mutiges Herz, aber so furchtbar und so nahe hatte er die Entscheidung nicht erwartet. In diesem Augenblicke dachte er an seine Mutter, an den Zimmer, der sie erwartete, an Stephaniens, an alle Folgen einer Tat, die, wie sie auch ausfallen mochte, Elend und Entsetzen über alle bringen mußte, die er liebte, und Totenblässe überdeckte von neuem sein Gesicht, seine Muskeln zogen sich krampfhaft zusammen.

Keine Antwort? rief der Major höhnisch. Hab' es gedacht! und er trat mit dem Fuße auf, daß die Dielen bebten. Ich bin bereit! sagte Gustav, an der empfindlichsten Stelle getroffen, wo ein Mann verletzt werden kann. Ich hätte gewünscht — aber laden Sie, Onkel Tobias, jedes weitere Wort ist hier überflüssig.

Der Major nahm die Pistolen und näherte sich dem alten Herrn, der bis jetzt regungslos auf seinem Stuhle gesessen hatte.

Kommen Sie hierher, sagte er, nehmen Sie eines der Pistolen.

Wozu? fragte Herr Frese.

Der Major starrte ihn an. — Laden! rief er, Pulver, Kugel!

Ist es denn wirklich ernst? fragte der alte Herr erschrocken.

Element! schrie der Major. Nehmen Sie. Er hielt ihm das eine Pistol hin.

Was? Ich! rief Herr Frese aufspringend, daß ich ein Narr wäre. Um keinen Preis!

Sie sollen nur Zeuge sein, sagte Wilberg.

Nur! schrie der alte Herr, ich werde mich hüten und Zeuge sein. Es ist Wahnsinn, es ist Verrücktheit! Es ist ein schändlicher offener Mord! Das hohle Grinsen, mit dem er anfangs den ganzen Handel angehört, war aus seinem Gesicht verschwunden, und mit wärmerer Teilnahme, als er sie je Wilberg bewiesen hatte, sagte er ängstlich und warnend: Denken Sie an Ihre Mutter, deren einziges Kind Sie sind. Ich will's nicht leiden, und sollte ich die Stadt zusammen schießen. Wenn Sie unschuldig sind oder auch schuldig, es ist einerlei, es gibt Gesetze und Richter, und ein paar Jahre Gefängnis sind immer besser als sich todschießen lassen.

Hinaus! schrie der Major, indem er das Pistol auf ihn richtete.

Mord! Mord! schrie Herr Frese, nach der Tür fliehend, wo er in größter Angst den Drücker suchte; aber in dem Augenblicke, als von der einen Seite der Major ihn am Arm ergriß und zurückzog, wurde die Tür von außen mit Heftigkeit aufgestoßen, und herein trat Kintzel, an dessen Hand Anna sich fest hielt.

In seinem Mantel gehüllt, den Hut auf dem Kopf, stand die lange hagere Gestalt auf der Schwelle und überblickte die Gruppe im Zimmer. Der alte Herr rief sich vom Major los und stierte die Erscheinung an, wie wenn er einen Geist erblickte. Schreien und Überraschung lähmten seine Zunge, er hielt sich an dem Stuhle fest, und als der Blick des Kapitäns ihn traf, fuhr er zusammen, als fesse ihn eine ungeheure Furcht.

Ich komme! sagte Kintzel, indem er an dem alten Herrn vorüber bis an den Tisch ging, wie ich sehe, zur rechten Zeit, um eine Torheit und ein Verbrechen zu hindern. — Er nahm den Hut ab und wendete sich zu Baben.

Sehen Sie mich nicht so finster an, junger Herr, ich denke, wir kennen uns und sind beide ohne Furcht um unsere Sache. Kapitän, erwiderte Baben, Sie zwingen mich durch ihr Erscheinen an diesem Orte zu Fragen und Forderungen, die ich vermeiden wollte.

Fragen und Forderungen?! rief Kintzel zurück. Oh! was soll es sein? Was wollen Sie fragen, was Sie nicht wußten und längst gewußt haben? Daß ich bisweilen über die Grenze fuhr, um Einkäufe zu machen, weil ich Zollnerwirtschaft verachte, Unrecht nicht dulden will, ist bekannt genug gewesen; ich hab's nie geleugnet. Oft genug haben wir beide über die heillose Wirtschaft gesprochen, die schlechtesten Einrichtungen verdammt, und wenn Sie an jenem Abend in Friedland gewesen wären, wie der junge Herr da, Sie wären mit uns gefahren. Leugnen Sie, wenn Sie es können.

Ich frage nicht danach, was sein könnte, sondern was ist, erwiderte Baben; ich bin berufen, Rechenschaft zu fordern für das, was mir geschehen ist.

Rechenschaft fordern, fiel Kintzel ein; schöner Voratz das, Herr von Baben. Rechenschaft fordern für einen Zufall, dessen Ursachen in den schmachtvollen Zuständen liegen, unter denen wir alle leiden. Und von wem Rechenschaft fordern? Von einem unschuldigen jungen Mann, der genug Kummer und Leid dafür schon getragen hat. Wie aber wollen Sie sich rächen, Herr? — Wie ein Kriminalrichter sind Sie zu Werke gegangen; Kintzel, schlaue, überlegt, von Leidenschaft getrieben.

Herr Kintzel! rief der junge Mann.

Sehe so! erwiderte der Kapitän, und hätte anderes von Ihnen erwartet. — Wären Sie zu mir gekommen und hätten gefragt: Was wissen Sie von der Geschichte? ich hätte Ihnen keine Silbe verhehlt. Statt dessen schlichen Sie umher, fragten aus, warben Verräter, und als Sie sicher waren, luden Sie mich dringend zu dieser Reise ein, um den Triumph zu genießen, den jungen Herrn da mit unserem Anblick zu ängstigen und zuletzt zu verderben.

Hier sind wir nun, fuhr er langsamer fort, hier stehe ich, ich und Anna, und wollen erwarten, wie Sie an uns Rache nehmen. Klagen Sie an, wir werden nicht leugnen.

Ich bin die Schuldige allein, sagte Anna, indem sie vortrat und mit festen stolzen Blicken den Kläger betrachtete. Ich sah an der Seite des Verbrechers da, ich beredete ihn, uns zu folgen, belustigte mich an seinem Bedenken, spottete über seine Zurückhaltung und reichte ihm zuletzt das unglückliche Pistol, um — einen Schuß in die Luft zu tun! Wir haben uns auf jener nächtlichen Fahrt kaum kennen gelernt, fuhr sie fort, sich an Wilberg wendend, aber sagte ich nicht: ein unglücklicher Augenblick entscheidet oft über ein Menschenleben? Jetzt sehen Sie die Wahrheit, aber wenn gestraft werden soll, will ich die Strafe tragen. Ich bin gekommen, um an Ihre Stelle zu treten. Entschieden Sie, Rudolph. Rollen Sie mich vor Ihre Richter schleppen, gut, ich werde ein offenes Bekenntnis ablegen; wollen Sie Blut, ich bin dabei. Nehmen Sie das Morgengewehr und drücken Sie ab. (Schluß folgt.)

gierung die Energie finden wird, um auch der Firma Krupp und der ganzen mächtigen Kapitalgruppe gegenüber einzugreifen, und ob die Mehrheit hier die Schlussfolgerungen ziehen wird, die gezogen werden müssen, im Interesse des Reichs und des Friedens von Europa. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Heeringen: Soweit ich das Ergebnis der Untersuchung überhaupt kenne, muß ich wiederholen, daß Landesverrat oder Verrat militärischer Geheimnisse, die die Sicherheit des Reichs gefährden, nicht in Frage kommen. Ueber die Untersuchung selbst kann ich mich nicht äußern. Erstens geht sie mich überhaupt nichts an, zweitens weiß ich nicht, wie sie steht. Die Waffen- und Munitionsfabriken haben allerdings vor etwa 3 Jahren einen Artikel in die französische Presse lancieren wollen, der nach der Erklärung der Generaldirektion aber lediglich den Zweck hatte, bestimmte Anhaltspunkte über die Absichten der französischen Heeresverwaltung durch die Herausforderung ihres Widerspruchs zu erhalten. (Lachen links.) Jrgend ein Einfluß auf die Entschlüsse der deutschen Heeresverwaltung über die Anschaffung von Maschinengewehren hat diese Fabrik niemals gehabt. Mit dem Dillinger Werk stehen wir in keiner Geschäftsverbindung. Im Fall Krupp bitte ich nochmals die Untersuchung abzuwarten. Das Ansehen der preussischen Gerichte, in deren Händen die Untersuchung liegt, bürgt dafür, daß ohne Ansehen der Person untersucht wird. (Lachen b. d. Soz.) Von dem Abg. Liebknecht unterscheidet sich mich dadurch, daß ich mein Verdammungsurteil zurückhalte, bis Klarheit geschaffen ist, und daß ich auch die Verdienste der Firma nicht verkenne.

Dr. Dertel (K.): Der Bericht der Waffen- und Munitionsfabrik, auf die öffentliche Meinung in Frankreich einzuwirken, war recht fälschlich. Was der Fall Krupp anlangt, so hat die „Deutsche Tageszeitung“ geschrieben: „Der ganze Reichstag ist sich wohl darin einig, daß wenn die Beteiligung der Direktion der Firma Krupp an diesen Dingen sich herausstellen sollte, die erforderlichen Konsequenzen der Firma gegenüber gezogen werden müssen, und daß kein Wort der deutschen Sprache scharf genug sei, um derartige Verfehlungen zu kennzeichnen. Auch das, was jetzt schon feststeht, ist peinlich und bedenklich genug.“ (Hört, hört! rechts.) Die Überschrift des Artikels: „Eine schwere Beleidigung der Firma Krupp“ kommt auf das Konto des Nachredakteurs. Korrekter hätte es heißen müssen „Eine schwere Beschuldigung.“ (Sehr richtig!)

Dr. Brabant (W.): Niemand wird hier den Anwalt von Krupp spielen wollen. Immerhin wollen wir hoffen, daß es nur an dem mangelnden Urteilsvermögen des Beamten gelegen hat, wenn er glaubt, im Sinne der Firma zu handeln. (Lachen b. d. Soz.) Bedenklich ist, daß Herr Liebknecht Kapital für seine grundsätzlichen Anschauungen aus den Vorgängen zu schlagen sucht. Die Schlussfolgerung: Wenn eine Firma etwa unrichtig tut, werden es wohl alle tun, lehnen wir ab. (Abg. Lebedour: Sie rufen noch unter die Konjunktiven herunter! Sitz.)

Dr. Spahn (Ztr.) bittet den Kriegsminister, sich über die Untersuchung auf dem Laufenden zu halten und das Haus möglichst rasch und vollständig zu unterrichten.

Kriegsminister v. Heeringen: Ich bin dazu gern bereit, soweit das Gericht es für angängig erachtet.

Dr. Hegenjehdt (K.): Herr Liebknecht hat, um der Heeresvorlage Schwierigkeiten zu bereiten (Große Unruhe b. d. Soz.), es so dargestellt, als ob die Rüstungsinteressenten Urheber der Vorschläge seien. Dagegen verwahren wir uns.

Dr. Liebknecht (SD.): Aus den Tatsachen Schlüsse zu ziehen, war meine Pflicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es handelt sich um gefährliche Symptome, es muß mit eisernem Besen ausgefegt werden. Wir hoffen, daß das geschehen wird. (Bravo! b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Die vorliegenden Resolutionen werden angenommen, darunter eine Resolution Albrecht vom vorigen Jahre, wonach kein Angehöriger des Heeres wegen seiner religiösen oder politischen Überzeugung zurückgesetzt werden darf. — Der Titel „Kriegsminister“ wird bewilligt.

Beim Kapitel „Militärjustizverwaltung“ liegt eine Resolution Albrecht (Soz.) vor, wonach die Kriminalstatistik für Heer und Marine ausgedehnt werden soll auf folgende Punkte: Haft- und disziplinarische Arreststrafen, Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Hauptverhandlung; Einjährig-Freiwilligen; Gendarmen; Summe der Freiheitsstrafen innerhalb jeder einzelnen Straftat und Gesamtsumme aller Freiheitsstrafen; Selbstmorde und Selbstmordversuche.

Kunert (SD.): Die Militärjustiz ist der Niederschlag des ganzen militärischen Geistes; für sie können wir die Kosten nicht bewilligen. Das Militärrecht, das sich im Frieden auf eine Million, im Kriege auf 5 Millionen Reichsmark erstreckt, ist ein Ausnahmegericht, weit schlimmer, als das Justizgericht. 1911 sind 14 000 Verurteilungen erfolgt und 15 Jahre Zuchthaus verhängt worden. Die rein militärischen Delikte: Desertion, Insubordination, Mißbrauch der Dienstgewalt, haben zugenommen, erscheinend besonders die Desertionsdelikte. Beschlagungsweise kann man feststellen, daß seit Beginn der Jahre Strafen verhängt worden sind. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Bei den drakonischen Strafen ist ersichtlich, daß noch jüdische Insubordinationen vorkommen. Die menschliche Natur läßt sich eben nicht ganz unterwerfen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aus der Abnahme der Zahl der Mißhandlungsprozesse darf man nicht schließen, daß die Mißhandlungen selbst abgenommen hätten, denn etwa 20 % werden auf disziplinarischem Wege erledigt und die Mehrzahl höher bleibt ungeprüft. Total aufzuklären könnte man mit den Mißhandlungen nur, wenn man nicht nur der Schuldigen, sondern auch den höheren Vorgesetzten nachsehen würde. Notwendig ist auch ein wirksames Beschwerdegericht. Jeder muß Mißhandlungen gegenüber das Vorgesetzte anerkannt werden. Die Zunahme der Desertion ist eine schwere Verletzung des Militarismus, die Zunahme der Delikte selbst ist eine Sanierungsmaßnahme der Abschreckungstheorie des Militärgerichtsverfahrens. Redner bittet um Annahme der Resolution und beipflichtet dann die Selbstmorde in der Armee. Auf jeden Tag des Jahres fällt ein Selbstmord, und der Prozentsatz der Selbstmorde beim Militär ist bedeutend höher als bei der Zivilbevölkerung. Das Militärstrafrecht muß durch das Zivilstrafrecht einfach ersetzt werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dem Buchhaben nach ergibt sich schon ein Notwehrrecht, es hat aber keine Geltung. Ein Antrag ist der häufige Ausschlag der Öffentlichkeit im sogenannten „Interesse des Dienstes“. Auch mit dem Strafbuch ist es sehr schlimm; hier fehlt jede Humanität. Wir haben noch hundert Tausend mit Dunkelzelle und Hunger, eine Verbannung und eine Felle. Der Grund aller Uebel liegt darin, daß wir in einem Klagenstaat leben, der ein Abbild im Weltkriege findet. Daher haben wir auch beim Militär eine Klagenjustiz. Sie geht sich in den milden Strafen für Vergehungen, in bezug auf die Kanakarien und darin, daß man bei jeder der kanakaren Strafen bestraft. Im 19jährigen parlamentarischen Kampfe haben wir eine Veränderung nicht erreicht, wenn die ganze Macht einer heissen Volksbewegung an die Seite der Regierung und des Parlaments tritt, erst dann wird man zugeben; dann aber wird es nur die parlamentarische Kontrolle und für die Regierung zu spät sein. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Stahlmann (SD.) bringt den Fall eines Soldaten vor, der sich beim Militär ein Jagdwild gesondert und dem nicht gegeben wurde, daß er krank sei. Da er dem Be-

fehl zum Marschieren trotz größter Anstrengung nicht nachkommen konnte, wurde er wegen Gehorsamsverweigerung in erster Instanz zu 4, in zweiter zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Gefängnis wurde von neuem ein Ermittlungsverfahren wegen Simulierens angezettelt. Nun merkte man erst, daß er wirklich krank sei, und es wurde ein Wiederaufnahmeverfahren betrieben. Auf Grund des Gutachtens des wissenschaftlichen Senates hat das Oberkriegsgericht den Mann freigesprochen und ihm eine Rente zugebilligt. Ironie ist menschlich, aber es darf nicht vorkommen, daß Ärzte, weil sie eine Krankheit nicht erkennen, erklären, es liegt Simulation vor. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Als der Mann zu Hause war, wurde er eines schönen Tages plötzlich von einer Militärpatrouille abgeholt und ins Lazarett gebracht, ohne daß der Familie von seinem Verbleib Mitteilung gemacht wurde. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Durch diese Behandlung geriet der Mann an den Rand der Geisteskrankheit und wurde ins Irrenhaus gebracht. Von hier hat die Familie ihn ja freibekommen und er führt jetzt einen Kampf um seine Rente. Aber ich frage noch einmal, wie ist derartiges möglich? Gegen die schuldigen Offiziere und Ärzte muß mit aller Strenge vorgegangen werden. (Lebh. Zusf. b. d. Soz.)

Die Resolution Albrecht wird angenommen.

Zur Resolution der Kommission auf Verzicht der Fürsten auf überflüssige Adjutanten bemerkt

Kriegsminister v. Heeringen: Bis zur dritten Lesung wird sich die Sache nicht mehr erledigen lassen.

Dr. Spahn (Ztr.): Das kann uns nicht hindern, die Resolution anzunehmen.

Die Resolution wird angenommen.

Beim Kapitel „Generalkriegs- und Vermessungswesen“ dauert

Pinkau (SD.), daß Angestellte der Militärverwaltung dem schwerleidenden lithographischen Gewerbe unlautere Konkurrenz machen, indem sie 25 % billiger arbeiten als nach dem Tarif. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf die Beschwerde der Organisation hat der Kriegsminister nicht einmal geantwortet.

Es folgt das Kapitel „Geldverwaltung der Truppen“.

Zubeil (SD.): Am Widerstand der Militärbehörden scheitern alle Versuche, die Zivilberufsmuster gegen die Konkurrenz der Militärämter zu schützen. Der Kriegsminister behandelt den Verband einfach als Lust. Durch die Konkurrenz erwirkt der Zivilmüßiggewerbe enormer Schaden. 15 Millionen Militärkapellmeister haben ein Einkommen von 20 000 Mk.; daher ihr großes Interesse an der lazen Handhabung der an sich guten Bestimmungen. Dies hohe Einkommen erklärt sich durch die Ausbeutung der Militärämter. Der geschäftlichen Ausnutzung der Uniform muß ein Ende gemacht werden. Auch Unterbietungen kommen vor. Die einzige Hoffnung der Zivilberufsmuster ist nun der Reichstag. Da sie jetzt der Angestelltenversicherung unterstellt sind, werden sie von den Lokalbehörden noch weniger gern genommen als die Militärkapellen, für die kein Versicherungsbeitrag zu leisten ist. Die Ausnutzung der Uniform zu gewerblichen Zwecken sollte doch der Reichstag verbieten. (Bravo! bei den Soz.) Ganz verboten werden muß die sogenannte Kleinfabrik der Militärämter, das Spielen von nur 5 Leuten bei privaten Festlichkeiten in Uniformen. Die Militär- und Obermüßiggewerbe haben einen Verein gebildet, um die Konkurrenz unter sich mehr einzuschränken, und die gegen die Zivilberufsmuster mehr auszuweichen. (Hört, hört!) Die Militärkapellen betreiben ihr Gewerbe im Umherziehen selbst über die Grenzen Deutschlands hinaus. Ich werde im nächsten Jahr eingehenderes Material vorbringen, wenn nicht inzwischen Abhilfe der Mißstände erfolgt. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Generalsekretär Wandel: Eine ernsthafte Prüfung der Frage seitens des Ministeriums hat ergeben, daß ein Grund zu ernstlichen Beschwerden der Zivilberufsmuster nicht vorliegt. (Widerpruch bei den Soz.) Die Bestimmungen für die Militärämter sind verschärft worden. Die Audienz ist verweigert worden, weil wenige Monate vorher das Präsidium des Vereins Berliner Musiker in einer mehrstündigen Audienz gehört worden war.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt das Kapitel „Bekleidungsämter“.

Böhle (SD.): Das Bekleidungsamt Straßburg betreibt alte Lohnrüderei; Sachen, die früher den Heimarbeiterinnen direkt mitgegeben wurden, werden jetzt dem katholischen Frauenbund gegeben, der sich für 20 Pf. billiger herstellen läßt. (Hört, hört! bei den Soz.) Beim Bekleidungsamt Breslau klagen die Schuhmacher über schlechte Behandlung und geringen Verdienst, sie verdienen nur 2,75 Mk. durchschnittlich. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei der Einstellung der Dekorationshandwerker wird nicht immer mit der erforderlichen Vorsicht verfahren, sodaß auch kranke Leute mit eingestellt werden. — Angehörige der stark gestiegenen Lederpreise soll die härtere Verwendung von wasserdichtem Segeltuch beim Militär in Erwägung gezogen werden. (Bravo! bei den Soz.)

Generalmajor Staabs: Das letztere tun wir. Das Bekleidungsamt Straßburg treibt keine Lohnrüderei, sondern läßt sich von den Weibern bei der Vergabung von Urteilen züßern, daß angemessene Löhne gezahlt werden. Die Löhne der Schuhmacher vom Bekleidungsamt Breslau sind höher als der Vordredner angegeben.

Düffner (Z.) klagt über die Zuweisung von Arbeiten an die Strazianhalten und sucht den katholischen Frauenbund in Straßburg gegen den Vorwurf der Lohnrüderei zu verteidigen.

Jädel (SD.) klagt über die schlechte Bezahlung der jährlichen Handwerker durch die Militärverwaltung. Im Gebirge kommt es tatsächlich vor, daß Leute noch direkt verhungern. (Hört, hört! bei den Soz.) Eine Aufbesserung der Löhne würde bei dem Millionenetat des Heeres gar nicht ins Gewicht fallen.

Generalmajor Staabs: Wir beschäftigen die Handwerker nicht direkt, sondern vergeben die Arbeiten an Handwerker-Genossenschaften.

Das Kapitel wird bewilligt, die Weiterberatung wird auf Montag 2 Uhr vertagt.

Schlag 5 Uhr.

Mit diesem die unterstrichenen Bemerkungen sendet die „Jduna“ ihre Mitteilungen für Monat Februar an ihre Vertreter ins Land. Darüber befindet sich dann noch zweimal unterstrichen folgendes Wort:

„Die Nummern der Mitteilungen sind in einem besonderen Umschlag zu sammeln und geheftet aufzubewahren.“

Diese Anordnung hat zweifellos den Zweck, zu verhindern, daß die „vertraulichen“ Mitteilungen in unrechte Hände gelangen. Aber — sind die Mitteilungen denn wirklich vertraulich, d. h. nur zur Kenntnisnahme für die Vertreter bestimmt? Bewahre! Die verlangte „Diskretion“ heißt: „Einer sage es dem andern, und jeder lehne die Verantwortung ab.“ Vor allem will die Direktion der „Jduna“ nicht verantwortlich sein. Sie hat auch alle Veranlassung dazu. Würde z. B. die Volksfürsorge schon ihren Geschäftsbetrieb eröffnet haben und Kenntnis von den „vertraulichen“ Mitteilungen erhalten, sie könnte ohne weiteres eine Klage wegen unlauteren Wettbewerbes und Verbreitung wissenschaftlich unwahrer Behauptungen gegen die „Jduna“ erheben. Wir halten die Methode unter dem Deckmantel der Diskretion Lügen zu verbreiten, für so verwerflich, daß wir gar keine moralischen Bedenken tragen, von den „vertraulichen Mitteilungen“ Gebrauch zu machen. In der Hauptsache sind die „vertraulichen“ Februar-Mitteilungen der Agitation gegen die Volksfürsorge gewidmet. In vielen Variationen wird in dem Artikel: „Neue Konkurrenz in der Volksversicherung“ die hunderte von Malen als Lüge zurückgewiesene Behauptung wiederholt, die Volksfürsorge sei eine Gründung der Sozialdemokratie. Vorsichtig gebraucht dann die „Jduna“ bei den einzelnen Verdächtigungen die Worte: „Man fürchtet!“ „Man fürchtet“ einerseits, daß die sozialdemokratische Partei durch die Gründung der neuen Versicherungsgesellschaft veruche, für eine Reihe von Agitatoren und sonstigen Führern der sozialdemokratischen Partei einträgliche Ämter in der inneren und äußeren Verwaltung der neuen Gesellschaft zu schaffen. Man fürchtet auch, daß die Verwaltung der neuen Gesellschaft ihre Berechtigung zur Verfügung über das Vermögen der Versicherungsgesellschaft zu einer Bevorzugung von Gesinnungsgenossen ausnützen könnte.“ Die böse Absicht der Verdächtigung erkennt man aber sofort daran, daß die Hauptstellen hervorragend fett gedruckt sind und ihr auch mit keinem Wort widersprochen wird.

Bezüglich der Einrichtungen der Volksfürsorge steht die „Jduna“, wie sie selbst sagt, „einfach vor einem Rätsel“. Trotzdem sie aber davon nichts, aber auch gar nichts weiß, behauptet sie doch, die Volksfürsorge werde ihre Versprechungen nicht halten können.

Selbstverständlich wird in dem Artikel die „Jduna“ als die beste Gesellschaft der Welt geschildert: „Die „Jduna“ ist bekanntlich eine Gegenseitigkeitsgesellschaft; alle Überschüsse fließen ausschließlich den Versicherten zu!“ Mit Verlaub, Ihr Herren: das letztere ist eine Unwahrheit! In der Januar-Ausgabe der Monatsblätter der „Viktoria“ werden die Ausgaben der „Jduna“ für Aktionärdividenden, Lantienen, Zuzuwägungen an die Beamten und Verrechnung von besonderen Reserven bei einer Prämieinnahme von 5 193 000 Mk. auf 519 000 Mk., also rund 10 %, geschätzt. Bei keiner zweiten Gesellschaft erreichen diese Ausgaben eine solche Höhe. Übernehmen wir an, die „Viktoria“ habe zu hoch geschätzt, und fügen uns auf die, auch von der „Jduna“ nicht berücksichtigten Tabellen Wallmanns über „Die Deutschen Lebensversicherungsgesellschaften im Jahre 1911“.

Nach diesen hat die „Jduna“ 1911 keine Dividenden an Aktionäre resp. Garanten gezahlt, w o h l a b e r 1 1 2 2 8 3 Mk. Lantienen an ihren Vorstand und Aufsichtsrat. Das würde noch immer 2,16 % der Prämieinnahme sein. Es ist und bleibt also eine Unwahrheit, daß bei der „Jduna“ alle Überschüsse ausschließlich den Versicherten zufließen.

Auch bezüglich der Verwaltungskosten ist die „Jduna“ teurer, als die großen Versicherungs-Aktiengesellschaften. Die „Viktoria“ verausgibt 24,1 %, die „Friedrich-Wilhelm“ 29,3 %, die „Jduna“ dagegen 31,1 % von der Prämieinnahme für Verwaltungskosten.

Über den großen Verkauf von Versicherungen gleitet die „Jduna“ mit den von uns schon gekennzeichneten üblichen Entschuldigungen hinweg. Sie verleiht, daß bei ihr der Verkauf von Versicherungen ohne Vergütung ein ganz ungeheurer ist. Nach den veröffentlichten Angaben der „Viktoria“ für 1911 betrug dieser bei der „Jduna“ bei einem Gesamtabgang von 62 261 Versicherungen 49 860 = 79,95 %.

Wenn bei rund 80 % der erloschenen Versicherungen die Versicherten keinen Pfennig von ihren eingezahlten Prämien zurückerhalten, so gehört wirklich Courage dazu, den Vertretern „vertraulich“ mitzuteilen: „Es kann unmöglich eine Versicherungsanstalt geben, welche günstiger sein kann als die „Jduna“.“

Aus den Mitteilungen der „Jduna“ erfahren wir dann noch, daß aus der alten „Jduna“ eine neue entstanden ist — eine Feuer-, Unfall-, Haftpflicht- und Rückversicherungsgesellschaft. Durch den gemeinsamen Betrieb beider Gesellschaften hofft die Direktion eine Verbilligung der Verwaltungskosten herbeizuführen. Für die Volksversicherung haben sich erfahrungsgemäß derartige „verwandtschaftliche“ Beziehungen mit den anderen Versicherungsabteilungen nicht bewährt; der Verwaltungsapparat für die Volksversicherung hat bisher immer nur verbilligt für die anderen Versicherungszwecke gewirkt, nicht umgekehrt. Und dann noch eins: Sollen bei der Rückversicherung-Aktiengesellschaft Dividenden an die Aktionäre gezahlt werden oder nicht? Wir vermuten, daß Mutter Jduna die Tochter Jduna in die Welt gesetzt hat, um ihr mit der Zeit ein recht hübsches Dividendentleid zu spenden!

Von ehelicher Treue ist bei Mutter „Jduna“ leider nicht die Spur zu entdecken; der klaffenden Jduna, der Göttin der ewigen Jugend nachjagend, spendet sie ihres Gartens Apfel allen Götterjöhnen; sie hat sich in diesem Jahr schon zweimal und zwar mit zwei Todseiden verheiratet und mit beiden ein Kind erzeugt.

Nun verkündet sie ihren Vertretern, vermutlich aus Schamgefühl, ganz vertraulich, daß sie keinem die Treue halten und den Kindern keine Nahrung geben will.

Die „Jduna“ gehört zu den Gründern der „nationalen Deutschen Volksversicherungs-Aktiengesellschaft“; die „Jduna“ hat sich ebenfalls dem vom Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp gegründeten Kartell, dem „Verband der Deutschen Volksversicherungsgesellschaften“ angeschlossen; sie wollte es weder mit den Kämpfern von Rapp noch mit seinem Gegner Dr. Kapp verderben.

Und nun hören wir, was sie selbst darüber ihren Vertretern zu melden hat: „Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß auch die „Jduna“ sich mit einem, allerdings nur sehr kleinen Kapital an der „Deutschen Volksversicherungs-Aktiengesellschaft“ beteiligt hat. Wir betonen aber ausdrücklich, daß wir nicht im geringsten daran denken, hinsichtlich des Ausbaues unseres eigenen Volksversicherungsbetriebes irgendwie eine Änderung eintreten zu lassen. Wir werden also insbesondere auch in keiner Weise für die „Deutsche Volksversicherungsgesellschaft“ arbeiten, die letztere vielmehr, ebenso wie die „Volksfürsorge“ nur als eine Konkurrenzgesellschaft

Ans der Partei.

Verbotener Raucherung. Auch das Polizeipräsidium von Stuttgart hat den diesjährigen Raucherung verboten, und zwar ebenfalls unter Hinweis auf den Freitag, an dem die Gefahr für die öffentliche Sicherheit erhöht sei. — Natürlich darf in der Reihe derjenigen Städte, die den Raucherung verboten, das Junter-Colorado Kommen nicht fehlen.

Zur Landtagswahl. Im Landtagswahlkreise Remscheid-Solingen-Lennep sind folgende drei Genossen als Kandidaten aufgestellt worden: Hugo Lande, Rechtsanwält in Elberfeld, Heinrich Lindberg, Redakteur in Düsseldorf, und Otto Niebuhr, Redakteur in Düsseldorf.

750 Karl Gebraue erhielt Genosse Fleißner als Berichtschreiber durch die Behauptung beleidigt haben soll, daß dieser feilschende Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen gesucht habe. Die Verurteilung hat nunmehr diese Strafe bekräftigt.

betrachten, mit der wir wie mit unseren anderen Konkurrenzgesellschaften, soweit es sich um gemeinsame Interessen handelt, gute Kameradschaft pflegen werden, die wir aber genau so als die Konkurrenz betrachten werden, wie jede andere Gesellschaft."

Das ist jetzt gedruckt, also den Vertretern zur besonderen Beachtung empfohlen. Köstlich — nicht wahr? Aus jedem Arbeiterverein würden Mitglieder, die erklären, nicht für, sondern gegen den Verein arbeiten zu wollen, ausgeschloffen werden. Aber — die „Deutsche Volks“ und das Kartell sind Zangen- und Fehlgelübten. Totkrant waren sie schon im Mutterleib, verküppelt sind sie zur Welt gekommen. Die Eltern lieben die häßlichen Kinder nicht, wir befürchten das schlimmste; die Väter und Mütter werden alle, wozu Mutter „Eduna“ sich jetzt schon unter „strengster Diskretion“ bereit erklärt, bald Kindermord begehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur **Ausperrung im Malergewerbe.** Der Kampfpreis der Unternehmer: den 2-Millionen-Fonds des Malerverbandes zu vernichten, rückt in immer weitere Fernen. Da müssen die Führer, um ihre Mannen bei der Stange zu halten, allerhand Schwindel auktifizieren. So erklärte das süddeutsche Organ des Unternehmerverbandes schon vor einigen Wochen, der Verband der Maler habe bei einer Berliner Bank eine Anleihe von einer Million Mark aufnehmen müssen. Zu dieser Behauptung wurde vom Organ des Malerverbandes bemerkt, sie sei entweder ausgemachter Schwindel, oder der naive Redakteur habe sich einen Wären aufbinden lassen. Darauf allgemeines verlegenes Schweigen. Jetzt wagt sich der Hamburger Gauvorsitzende des Unternehmerverbandes vor, der der eigentliche Treiber zu der Ausperrung gewesen ist, und behauptet in einer Hamburger Meisterversammlung: „Fest steht heute, daß der mobile Kampffonds der Gehilfen von 1.400.000 Mk. verbraucht ist und daß sie einen erfolgreichen Pump von 1 Million bei der Generalkommission der Gewerkschaften angelegt haben.“ Nach dem „Hamburger Fremdenblatt“ hat der phantasiereiche Herr sogar erklärt, es sei „authentisch nachgewiesen“, daß der Kampf den sozialdemokratischen Zentralverband bereits 1.800.000 Mk. gekostet habe.“ Der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisation sei das Geld schon längst ausgegangen. Der Verband der Maler hat den genannten bürgerlichen Zeitungen mitgeteilt, daß die Angaben über seine Kassenverhältnisse unwahr sind, daß infolge des geringen Umfangs der Ausperrung noch nicht die Hälfte der erwähnten Summen hätte auszugeben werden brauchen, und daß darum der Gedanke einer Anleihe noch nicht einmal erwogen worden sei. Ob die Zeitungen den Schwindel berichtigen werden? Einen ähnlichen Spieß machen die Unternehmerverbände des Gaus Ostpreußen den Malermeistern vor. Sie wandten sich kürzlich an die Behörden, besonders aber die „Kaiserlichen, Königlichen und privaten Werften und Werkstätten“ mit dem Ersuchen, keine beschäftigungslosen Malergehilfen einzustellen. „Denn — so hieß es — nur so ist es möglich, den Reservefonds der sozialdemokratischen Gewerkschaft zu schwächen, der auf der Bank von England (!) in Höhe von 2 Millionen Mark bereit liegt, und dessen Anwachsen sie zu neuen Machtmitteln verwenden würde. Wir sind überzeugt, daß es auch im staatlichen Interesse liegt, unsere Bestrebungen zu unterstützen.“ Die Hoffnung der Scharfmacher, der Malerverband müßte wegen finanzieller Schwierigkeiten halb kapitulieren, sollten sie nur ruhig zu Grabe tragen. Die Situation ist doch wirklich nicht dazu angetan, daß die Malergehilfen nach dieser verkrachten Ausperrung auf einen für sie ungünstigen Frieden eingehen müßten.

Vom Bauarbeiterstreik in Stolp i. Pom. Die Bauerngewaltigen in Stolp sind durch die Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter in große Schwierigkeiten geraten. Das beweisen am besten die krauphastigen Anstrengungen, die sie machen, um die organisierten Arbeiter schmähdlich zu verächtlichen und ihr eigenes Verhalten in ein möglichst rosiges Licht zu rücken. Um ihren Schwindel an den Mann zu bringen, bemühen sie den Inzeratenteil der Provinzialblätter. In einem großen Inzerat „An die Behörden und das gesamte bauende Publikum“ macht der Unternehmerverband für das Baugewerbe die Arbeiter für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich. Er sagt: „Die ihnen hierorts zugebilligten Lohnzulagen sind höher, als wie sie bisher die übrigen örtlichen Verhandlungen in Deutschland gezahlt haben. Diese Lohnzulagen haben wir im Interesse der Erhaltung des Friedens zugegeben, während wir jetzt infolge der Arbeitsniederlegung keineswegs diese Zugeständnisse für später noch aufrecht erhalten.“ Das die in Stolp gezahlten Löhne niedriger sind als die, die anderweitig gezahlt werden, geht schon daraus hervor, daß gerade deswegen die Bauarbeiter die Arbeit eingestellt haben. Das Inzerat ist aber gleichzeitig ein wichtiges Dokument: es erbringt die Bescheinigung für das wichtigste Treiben der Hirsche. Es wird in der Annonce nämlich weiter ausgeführt: „Der Umstand, daß die Hirsch-Dunckerschen Bauarbeiter den Tarifvertrag angenommen haben, beweist, daß unser Arbeitsvertrag keine unbilligen Forderungen enthält. Durch den Vertrag mit der Hirsch-Dunckerschen Partei sind wir in der Lage unsere Betriebe aufrecht zu erhalten, zudem der ständige Nachschub von Arbeitskräften dieser Partei uns in den Stand setzt, alle uns zugehenden Aufträge nach wie vor ohne jede Störung in gewohnter Weise zu erledigen. Wir bitten die Behörden und das bauende Publikum, sich durch anders lautende, von Seiten der Arbeitnehmer ausgeprägte Gerüchte keineswegs irre leiten zu lassen, sondern uns die Aufträge von Bauarbeiten nach wie vor übermitteln zu wollen und von dem Streik eines Teils der hiesigen Bauarbeiter und Zimmerer gar keine Notiz zu nehmen.“ Also die Hirsch-Dunckerschen haben sich als Singegardisten in die Tretnähle der Bauunternehmer einreiben lassen! Ein zweites Inzerat hat folgenden Wortlaut: „Trotzdem die streikenden Bauarbeiter genau wissen, daß sie sich durch Belästigen der Arbeitswilligen strafbar machen, ist es gestern zu mehrfachen Ausfährungen gekommen. Wir machen die Verbandsleiter der Ortsgruppen für die Handlungen ihrer Leute verantwortlich und zeigen ihnen hierdurch an, daß wir jeden uns bekannt werdenden Fall unmissverständlich zur Anzeige bringen, wobei wir auf §§ 123—125 des Strafgesetzbuches hinweisen. Wenn die Vorstände der Bauarbeiterverbände zu wenig erzieherischen Einflusses auf ihre Leute ausüben, müssen sie sich nicht wundern, wenn wir die Polizeimacht in verstärktem Maße in Anspruch nehmen werden. Wir verbitten uns energisch jede Belästigung der Hirsch-Dunckerschen Arbeiter. Das bauende Publikum bitten wir in jedem Falle der Belästigung, sei es durch Täuschlichkeiten, durch Redensarten oder durch Ansammlung von Trupps Streikender, uns sofort zu benachrichtigen, damit wir unverzüglich für Abhilfe sorgen können. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Stolp.“ — Die Polizeibehörde läßt sich sicher nicht zum zweiten Male die Anweisung geben, sie wird bei dem geringsten Vorkommnis dem Unternehmerverband zu Willen sein. Umfomehr müssen die Arbeiter Bedacht darauf nehmen, sich durch nichts provozieren zu lassen.

Achtung, Arbeitsbrüder! Streik in Grefeld! Seit acht Wochen stehen in Grefeld 2800 Färbereiarbeiter im Streik, um sich eine bessere Existenz zu erkämpfen. Die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse reichten nicht aus, um die Differenzen friedlich beizulegen. Die Christen-„Führer“ haben den Streikbruch proklamiert und treiben ihre Leute in die Betriebe. Doch ein großer Teil derselben hat diesen „Auch“-Arbeitervertretern die Gefolgschaft versagt und kämpft mit den freitragenden Arbeitern weiter. Die Polizei ist rege in Tätigkeit, um die nützlichen Elemente zu beschützen. Etwa dreihundert „Hingebürder“ sind als Streikbrecher herangezogen worden. Da diese jedoch nicht ausreichen, haben die Arbeitgeber Agenten in alle Teile Deutschlands geschickt, um Arbeitswillige zu werben. Dies ist ihnen auch schon in mehreren Fällen gelungen. Ja sogar organisierte Arbeiter (vor allem Fabrikarbeiter) sind darauf hereingefallen und sind durch diese Agenten nach hier geschleppt worden. Wir machen daher an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam und ersuchen alle Arbeiter, sich unter keinen Umständen von irgend einem Agenten anwerben zu lassen, und nach Grefeld zu kommen. Arbeiter übt mit euren kämpfenden Arbeitsbrüder Solidarität. Der Streik ist noch nicht beendet. Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Kommunales.

Der Haß gegen die Arbeiter-Turnvereine äußert sich vornehmlich in dem Verhalten der bürgerlichen Kollegien einer ganzen Reihe von Kommunen, besonders auch in Sachsen, die den hurrapatriotischen Turnvereinen die städtischen Schulturnhallen zur Verfügung stellen, sie aber den Arbeiter-Turnvereinen mit dem fadenstehigen Grunde verweigern, sie trieben sozialdemokratische Parteipolitik. Dieses parteiische Verfahren wird auch in Dresden geübt. Der Stadtrat hat wiederholt die von den Arbeiter-Turnvereinen gestellten Anträge, die durch die Vertreter der Arbeiter im Stadtverordnetenkollegium unterstützt wurden, abgelehnt. Auch in der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein solcher Beschluß des Stadtrats von unserm Redner gebührend gekennzeichnet und auf die traffe Ungerechtigkeit hingewiesen, die in einem solchen Verfahren gegen die Arbeiter, die doch den größten Teil der Einwohnerschaft bilden, liege. Es mußte nichts; die Mehrheit — und auf ihrer Seite standen auch die Nationalliberalen — schlug der Gerechtigkeit schamlos ins Gesicht und verweigerte den Arbeiterturnern auch diesmal das, was den bürgerlichen Hurra-Turnvereinen, die dafür bei allem nationalen Klimbum die Staffage abgeben, gewährt wird.

Soziales.

Katholische Arbeitervereine gegen die „Volksfürsorge“. Auf einem Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine des Dekanats Dorsten in Münsterland wurde folgende Resolution gegen die „Volksfürsorge“ angenommen: „Infolge der großen Gefahr, welche die sozialdemokratische Volksfürsorge in sich birgt, indem dieselbe geeignet ist, weite Kreise des Volkes materiell in Abhängigkeit zur Sozialdemokratie zu bringen und ihr neue Anhänger zuzuführen, weist der Delegiertentag mit Nachdruck auf die Einführung und Stärkung der Leo-Kasse hin und verpflichtet die Vereine, diese Frage in nächster Zeit ausschließlich zu behandeln und die gegebenen Anregungen in die Tat umzusetzen. Kein Verein darf das Umlageverfahren neu einführen. Diejenigen Vereine, welche noch keine Zahlstelle haben, sind verpflichtet, innerhalb dreier Monate mit der Zentralstelle in Verbindung zu treten.“

Aus dem Gerichtssaal.

Ein agrarisches Mitglied der Einziehungskommission als Steuerhinterzieher. Das Schöffengericht in Löbau (Sachsen) hatte sich mit einer Anklage wegen Steuerhinterziehung gegen den früheren Gemeindevorstand und Gutsbesitzer Sperling aus Delsa bei Löbau zu befassen. Die Steuerhinterziehungen erstreckten sich auf die Jahre 1910, 1911 und 1912. Vor Gericht erklärte Sperling, auf Veranlassung des Steuerassistenten sich für berechtigt gehalten zu haben, gewisse Abzüge machen zu dürfen. Der Steuerassistent behauptete vor Gericht das Gegenteil. Auch jagte ihm das Gericht, daß er (Sperling) als Mitglied der Steuereinzahlungskommission von selbst wissen mußte, was er alles bei der Deklaration anzugeben habe. Er hatte Zinsen von Darlehen und Sparkassengeldern nicht zur Steuer angegeben. Zuletzt behauptete er, die Deklaration nur aus dem Kopie gemacht zu haben, wobei er dann auch die Angaben vergessen hätte. Sonst haben die Agrarier für solche Dinge ein sehr gutes Gedächtnis. Das Gericht verurteilte Sp. schließlich zu 350 Mark Geldstrafe, wozu noch der achtfache Betrag der hinterzogenen Steuer kommt.

Zur Warnung. Das Landgericht in Dresden belegte zehn Frauen aus dem Arbeiterstande wegen Abtreibung mit empfindlichen Gefängnisstrafen. Das angewandte Mittel war von Reisenden einer größeren Gesellschaft vertrieben und den Frauen zu sehr hohen Preisen von einer Zigarettenhändlerin verkauft worden. Eine Wirkung hatte es in keinem Falle gehabt. Bemerkenswert ist diese Gerichtsverhandlung insofern, als aus ihr hervorging, daß die Bestrafen das Mittel aus sozialer Not angewandten, um bei den heutigen hohen Kosten der Lebenshaltung nicht noch mehr Eier zu haben. „Wir sind jetzt schon zehn Personen zu Tisch“, klagte eine der Frauen.

Die Bezeichnung „Gulenburg“ strafbar. Wegen öffentlicher Beleidigung wurde vor einiger Zeit der Bergmann Laak in Recklinghausen vom dortigen Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte einem Lehrer, mit dem er in Anstalten lebte, auf der Straße den Namen „Gulenburg“ zugerufen. Das Gericht war der Überzeugung, daß dieser Ausdruck eine schwere Beleidigung darstelle. Allgemein bezeichne man damit unter Anspielung auf den Gulenburgprozeß einen Mann mit anormalen sexuellen Empfindungen. Der Ausdruck treffe einen in dieser Hinsicht unbescholtenen Mann sehr schwer. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung des Angeklagten wurde am Donnerstag von der Strafkammer in Bochum totenpflüchtig verworfen.

Ein Opfer der Fremdenlegion. Der Gärtner Kühl hatte sich vor der Strafkammer in Grefeld wegen unerlaubter Auswanderung zu verantworten. Der Mann geriet in Nancy in die Hände von französischen Werbemännern, die ihn betrunken machten und dann den Werbeprospekt unterschreiben ließen. Beim Erwachen am anderen Tage befand sich der unerfahrene junge Mann schon in der Kaserne. Er wurde nach Afrika geschickt. Nach seinen Schilderungen hatte er dort eine furchtbare Leidenszeit durchmachen müssen.

Die ungeheuren Beschwerden des Dienstes hatten ein Herzleiden im Gefolge, und als er auch noch einen Schuß in die Brust davontrug, wurde er vollends dienstuntauglich. Die Legion schob ihn jetzt kurzerhand über die Grenze ab. Wegen seiner unerlaubten Auswanderung wurde er zu 160 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Ein Kampf um die Schuljugend ist im Herzogtum Anhalt entbrannt. Die Regierung ist lebhaft bemüht, die Arbeiterkinder für die nationalen Jugendbestrebungen einzufangen. Da sie bisher wenig Erfolg gehabt hat, sucht sie jetzt ihr Ziel dadurch zu erreichen, daß sie den Volks- und Mittelschülern verbietet, an irgendeiner Veranstaltung, die von Arbeitervereinen arrangiert worden ist, teilzunehmen. Der Leiter des anhaltischen Schulwesens, Geh. Oberregierungsrat Mühlenschein, der ein Schüler des preussischen Polizeiministers v. Dallwitz ist, hat am 18. März folgende Verfügung erlassen:

„1. Den Schulkindern ist die Bildung von Vereinen und Vereinigungen, die Teilnahme an den Veranstaltungen, an Umzügen und sonstigen öffentlichen Kundgebungen, sowie an politischen und agitatorischen Maßnahmen verboten. Als Vereinigungen sind insbesondere auch Schülerfraktionen, gleichviel ob sie unter dieser oder einer anderen Bezeichnung von den Schulkindern selbst, ihren Eltern oder anderen Personen gegründet werden, zu verstehen.“

2. Ausnahmen können von den Direktoren und Ortschulinspektoren zugelassen werden. Die Genehmigung ist jedoch unter allen Umständen zu versagen zur Beteiligung an: a) politischen Vereinen und deren Veranstaltungen; b) anderen Vereinen, Umzügen oder sonstigen Veranstaltungen und Maßnahmen, wenn dadurch eine Beeinflussung der Schulkinder in politischer oder vaterlandsfeindlicher Beziehung oder in einer sonstigen mit dem Erziehungszweck der Schule in Widerspruch stehenden Weise zu befürchten ist.“

Werden die Anordnungen nicht befolgt, so sind die zuwiderhandelnden Schulkinder zunächst zu verwarnen; im Wiederholungsfalle ist gegen sie mit Arreststrafen vorzugehen. Gegen Schulkinder der gehobenen Volksschulen (Mittelschulen) ist bei fortgesetzter Zuwiderhandlung und Erfolglosigkeit der Arreststrafen die Verweisung an die niederen Volksschulen bei uns zu beantragen.“

Diese Verfügung richtet sich in erster Linie gegen die Schüler, die bisher unter der Aufsicht von erwachsenen und erfahrenen Turnern in Arbeiterlokalen geturnt haben. Ferner will man die Kinder treffen, die an Mittwochnachmittagen unter Aufsicht einiger Arbeiterfrauen im „Liwol“ in Dessau an harmlosen Gesellschaftsspielen teilgenommen haben. Die Regierung behauptet, daß mit diesen Arrangements eine politische Beeinflussung der Kinder erfolgen soll. Diese Verfügung, die auch jede Beteiligung der Kinder an Arbeiterfesten verbietet, eröffnet nette Aussichten für die Quäler der Arbeiter und ihrer Kinder. In anhaltischen Landtag wurde die Regierungsverordnung von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Voigt scharf kritisiert. Dagegen erklärten sich die Konservativen, Nationalliberalen und Fortschrittler mit dem Regierungsauslass einverstanden. Die anhaltische Arbeiterschaft ist über den Erlaß sehr erbittert. Sie will sich aber die unpassagfähige Willkür der anhaltischen Schulregierung nicht gefallen lassen. Sie wird Mittel und Wege finden, den gegen sie gerichteten Bestrebungen wirksam zu begegnen.

Wer nicht in dem Kriegerverein ist, ist ein Lump. Aus Liegnitz wird folgender charakteristischer Vorgang gemeldet. Bei der letzten Kontrollversammlung hielt der Bezirkskommandeur Major v. Choppuis, wie immer, eine Rede, in der er darüber klagte, daß von den einigen hundert Reservisten nur so wenige Mitglieder des Kriegervereins seien. Mit vor Erregung zitternder Stimme witterte er dann gegen „Lumpenvereine“ und internationale Lumpengesindel.“ Der Schluß war ein Hurra zum Kaiser, in das die beleidigten Reservisten mit recht gemischten Gefühlen einstimmten. — Der Kommandeur hatte vorher diejenigen die Hand aufheben lassen, die Kriegervereine angehören, und da hatten sich ganze vier Mann gemeldet, worauf der Wutausbruch erfolgte. Wenn der redselige Major glaubt, durch derartige Schimpfanreden die Sozialdemokratie mit Erfolg bekämpfen zu können, so dürfte er sich gewaltig irren. Auch die Kriegervereinsbegeisterung der ehemaligen Soldaten dürfte schwerlich dadurch gefördert werden.

Hilfe für die Spitzbergen-Expedition. Geheimrat Nieme in Berlin hat aus Spitzbergen folgendes Telegramm erhalten: Spitzbergen, Green Harbour, den 19. April. Ich kam auf der Wasserscheide zwischen Nisjan und der Widsjebai am 14. April an und hoffe die Widsjebai heute zu erreichen. Die Rentiere bewährten sich ausgezeichnet. Acht Rentiere werden von hier nach Green Harbour zurückgeschickt. Ich habe ein Depot am Grunde der Widsjebai angelegt (hier kommen einige verstümmelte Worte). Ich werde voraussichtlich morgen weiter ziehen können und zunächst nach Moser, Detmers und Eberhard suchen. Ich schicke Rentiere nach dem Polheim voraus und hoffe, Rüdiger und Rave in drei Wochen nach der Adventbait schaffen zu können. Indessen werde ich eine dritte Schlittenfahrt mit 14 Hunden antreten, um längs der Nordwestküste des Nordostlandes Schröder-Stranz zu suchen. gez. Starud.

Das Blatt „Tidens Tegn“ meldet aus Spitzbergen: Gestern (Freitag) Abend trafen in der Adventbait zwei Mann mit fünf Rentieren ein. Sie sind von der Hilfs-Expedition für Schröder-Stranz zurückgekehrt. Der Sturm der letzten Tage hat das Eis auf dem Fjord aufgebrochen, jetzt herrscht bis zur Adventbait klares Wetter. Green Harbour ist im Umkreis von einigen Kilometern eisfrei. Das Expeditionschiff „Pertha“ ist wegen des Sturmes und der Eishindernisse zurückgekehrt.

Reaktionäres aus der Lutherstadt. Im Auftrage des Komitees zur Organisation des Kirchenaustritts hatte der Genosse Hof. Munt aus Mainz in Worms über das Thema „Der Kirchenaustritt, eine Forderung der Vernunft und des Gewissens“ in einer öffentlichen Versammlung zu reden. Die Erlaubnis zum Anschlagen von Plakaten, die diese Versammlung ankündigten, wurde von der Wormser Bürgermeisterei nicht erteilt. Gegen diese Maßnahme der elementarsten Volkrechte, gegen diese Ausschreitung reaktionären Parteigeistes ist Beschwerde beim Kreisamt erhoben. Übrigens führte die Polizei einen Schlag ins Wasser, da dann zu dieser Versammlung durch Flugblätter eingeladen wurde.

Die Bombe im Postpaket. Der Professor Lucien Curry, einer der Geschworenen im Prozeß gegen den Automobilpächten Bonnot und dessen Genossen, erhielt ein Paket durch die Post zugestellt. Er öffnete es in Gegenwart seiner Frau und seines Sohnes, als plötzlich eine Explosion erfolgte. Alle drei Personen wurden schwer verletzt. Es entstand ein Brand, der zwei Stagen des Hauses zerstörte. Es wird angenommen, daß das Paket von einem Komplizen Bonnots an den Professor geschickt worden ist.

Ein großes Unrentfeld ist, wie aus Berlin gemeldet wird, am Scharmüßelsee aufgedeckt worden. Es erstreckt sich in der Nähe von Diersdorf bei Glienicke über mehrere Morgen Landes. Es wurden Unrenn der verschiedensten Größen und außerdem kleine Krüge gefunden. Der Anhalt bestand in Wachsen. Neben den Unrenn und Krügen wurden noch Krüge, Nadeln und Schmuckstücke usw. gefunden.

Straßenbahnunfall in Leipzig. Auf dem Kopplag sind um 7 Uhr zwei Straßenbahnwagen der Großen Leipziger Straßenbahn infolge einer schwachen Weiche zu einem Zusammenstoß gekommen. Fünf Personen wurden schwer, mehrere leicht verletzt.

Ein Führer vom Eisenbahngüterverkehr. Ein schweres Unheil hat sich auf dem Bahngleis in Witten an der Ruhr ereignet. Dort wurde auf dem Bahnübergang der Mainzer Straße das Gefährt des Wirtes Campmann von einem Eisenbahnwagen erfasst und zertrümmert. Campmann wurde auf der Stelle getötet; seine Frau konnte sich noch rechtzeitig durch Abpringen retten.

Tödlicher Unfall der Kinder Nadora Duncan. Einem Automobildiesel sind in Paris die beiden Kinder der Tänzerin Nadora Duncan, ein fünfjähriger Knabe und ein siebenjähriges Mädchen, mit ihrer Mutter zum Opfer gefallen. Die Waise in wolle mit den Kindern von Neuilly-sur-Seine, wo Nadora Duncan seit einem Jahre eine Villa bewohnt, nach dem Vorort Gennevilliers fahren und metete zu diesem Zweck eine Automobildiesel. Auf der etwa fünfzig Meter von der Villa entfernten Eisenbrücke wandte sich das Automobil plötzlich infolge Versagens der Steuerung zur Seite und stürzte über das Geländer in den Fluß. Da die Seme an dieser Stelle schräg und etwa zehn Meter tief ist, gelang es der Feuerwehr erst nach anderthalb Stunden, die Leichen der Kinder und ihrer Wärterin aus der erschlossenen Droße zu bergen. Das Automobil selbst konnte noch nicht gehoben werden. Die Mutter weilt bis jetzt nur von dem Tode eines Kindes. Das andere Kind war noch lebend aus dem Wasser gezogen worden, starb aber bald darauf. Da die unglückliche Mutter völlig fahriglos ist und man für ihren Verstand fürchtet, hat man ihr die ganze Wahrheit bis jetzt verschwiegen.

Tragödie auf dem Schulhof. Auf tragische Weise ist während der Pause im Röntgen-Gymnasium der zehnjährige Segner Höcker ums Leben gekommen. Er wurde von seinem Schulfreund Friedheim aus Unvorsichtigkeit mit einem scharfen Federmeißel erschossen. Das Meißel drang dem Knaben in das Herz und hatte den unmittelbaren Tod zur Folge. Die Schule wurde sofort geschlossen.

Todessturz eines amerikanischen Fliegers. Auf dem Flugplatz in Chicago stürzte einer telegraphischen Meldung zufolge bei einem Versuchsflug mit einem neuen Apparat der Flieger C. W. Brodie ab. Er war sofort tot.

Das Ballonunglück bei Viller sur Marne. Ueber die Ursachen des Ballonunglücks bei Viller sur Marne können, da sämtliche Insassen des Luftschiffes dem Unglück zum Opfer gefallen sind, lediglich Vermutungen ausgesprochen werden. Mehrere Fachleute neigen der Ansicht zu, daß die Ballonhülle beim Anfall an einen Baum zerrissen ist, daß sich der Korb rasch erweitert hat und das Gas sich ausgetrieben hat. Doch wird auch für möglich gehalten, daß einer der Luftschiffer die Gießesgegenwart verloren und die Reißleine in allzu großer Höhe zu heftig gezogen hat, sodaß die Hülle ihrer ganzen Länge nach geplatzt ist und der Ballon wie ein Stein zur Erde niederfiel. Eine Explosion wird für ausgeschlossen gehalten, da an der Ballonhülle keine Spur von einer Verbrennung wahrzunehmen ist. Die Luftschiffer hatten jedenfalls vergebliche Anstrengungen gemacht, den Ballon in einer gewissen Höhe zu halten. Sie haben nicht nur allen Ballast, sondern auch alle Instrumente, den Anker und sogar einen Teil ihrer Kleidungsstücke über Bord geworfen. Der Führer des Ballons, Mumont-Thévillie, war ein sehr erfahrener Luftschiffer und hat über 100 Fahrten unternommen. Er tat sich auch als Forschungsreisender hervor, namentlich durch die Erforschung der Gegend des Tschadsees. Hauptmann Ebenad war ein sehr bekannter Militärflieger und noch vor Jahresfrist Leiter des Militärflugwesens in Marokko gewesen, in dessen dieser Stelle entlassen worden, weil er in einem Blatte an dem Verhalten des Kriegsministeriums scharfe Kritik geübt hatte. Weiter wird noch gemeldet: Als der Militärballon Jodisque über Fontenay schwebte, versuchten Juvenas das Beifall zu ergreifen, was ihnen aber nicht gelang. Das in der Gondel vorgefundene Bordbuch erwähnt, daß die Luftschiffer in 300 Meter Höhe über Paris hinfuhren, dann fielen, um sich von neuem über die Wolken zu erheben. An dieser Stelle brach der Bericht ab. Der Kriegsminister hat sich an die Unfallstelle begeben; er besuchte jodann den nach dem Militärhospital von Vincennes gebrachten Leutnant, der seinen schweren Verletzungen noch am Donnerstag abend erlag, sodaß das Unglück allen fünf Insassen des Ballons das Leben kostete.

Automobilunglück. Aus Zürich wird gemeldet: Der Arzt Dubois in Fleurier unternahm in Begleitung seiner Frau, seiner dreijährigen Tochter und dem früheren Waffner eines Automobils eine Fahrt nach dem benachbarten St. Croix. Das Automobil rannte unterwegs an einen Baum und stürzte mit den Insassen in den Fluß neben der Landstraße. Das Kind, das in weitem Bogen in das Wasser geschleudert wurde, konnte von in der Nähe arbeitenden Fischern gerettet werden. Die drei anderen Insassen wurden tot unter dem Wagen im Wasser hervorgezogen.

Genossenschaftsbewegung.

Die nationalliberale Partei und die Konsumvereine. Kürzlich hielt die nationalliberale Partei in Hannover einen sogenannten „Brenntag“ ab, um zu den preußischen Landtagswahlen Stellung zu nehmen. Wie nicht anders zu erwarten, spielten Mittelstandsfragen eine nicht unwesentliche Rolle. Das Dreiklassenwahlrecht verleiht ja den Angehörigen des sogenannten Mittelstandes einen voll wirtschaftlichen Bedeutung umfassen weit übersteigenden Einfluß, während es den der unbemittelten Konsumenten über Gebühr beschränkt. Anlaß genug für strebende Politiker, um die Gunit der Mittelstandskreise zu suchen. Nun macht ja sicher ein großer Teil der nationalliberalen Parteigänger die großen Ausdehnungen der sanitischen Mittelstandskreise nicht mit und verhält sich vor allem ziemlich ablehnend gegen die Bestrebungen gewisser Leute, durch Maßnahmen ausnahmsweise Charakter dem Mittelstand auf Kosten anderer Volksteile Sonderrechte zu verschaffen. Es gibt aber in der Partei auch Elemente, die sich von Hammer, Raab und ähnlichen mittelständischen Draufgänger kaum merklich unterscheiden. Dahin gehört vor allem der Landtagsabgeordnete Dr. Schröder (Kassel), der sich den ärgsten Schreibern gegen die Konsumvereine widrig anreißt. Der Herr spielt eine etwas auffällige Rolle. Er ist ein eifriger Förderer der Baugenossenschaften. Was er durch Verbilligung der Ware „Wohnung“ den unbemittelten Volksschichten an Vorteilen zuzuwenden möchte, er ihnen doppelt und dreifach nehmen durch Verhinderung des Fortschritts der Ware „Lebensmittel“ genossenschaftlich zu verbilligen. Auf dem Brenntage hatte die konsumentenseitliche Seele in seiner Brust die Oberhand. Er forderte, daß der zu erläßende Wahlaufruf auch gegen die Übernahme der Warenhäuser und Konsumvereine im Interesse des Kleinhandels und Handwerks Stellung nehmen möchte. Oberbürgermeister a. D. Struckmann (Hildesheim) bemerkte dazu treffend: „Es ist sehr bedenklich, wenn wir in dieser Weise die Konsumvereine in die Debatte hineinziehen und ihnen den Fehdehandschuh hinwerfen. Die Konsumvereine sind eine außerordentlich wichtige Institution. Mag sein, daß Mißbräuche vorgekommen sind, aber sie so kurzerhand mit den Warenhäusern in einem Atemzuge zu nennen, ist ungerecht und politisch bedenklich.“ Von anderer Seite wurde jedoch betont, daß, wenn man die Sozialdemokratie bekämpfen wolle, man sie da fassen müsse, wo sie verdammt sei, und das sei bei den Konsumvereinen. Der Antrag Dr. Schröder wurde dann auch gegen eine starke Minorität angenommen. Der Wahlaufruf enthält demzufolge nachstehenden Passus:

Der gewerbliche Mittelstand bedarf nach wie vor staatlicher Unterstützung und Förderung. Was an Erfüllung wichtiger Forderungen noch ausbleibt, wie Regelung des Submissionswesens, Abgrenzung von Fabrik und Handwerk, Veranlagung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung, Einschränkung der Konkurrenz der Geschäftsbetriebe, Ausbau des Bildungswesens, besserer Schutz des Handwerks gegen den Kaufmann, Aufhebung des § 100q der Gewerbeordnung, Schutz des Kleinhandels und des Handwerks gegen die Auswüchse der Warenhäuser und Konsumvereine sowie alle sonstigen Fragen der Gewerbepolitik, werden sich unserer fürsorglichen Mitarbeit zu erfreuen haben.

Es ist natürlich heller Unsinn, wenn man sich einredet, die Sozialdemokratie „verwunden“ zu können, wenn man durch Bekämpfung oder gar Vernichtung der Konsumvereine Hunderttausenden von Konsumenten aller Berufe und Parteirichtungen schweres und unerbittliches Unrecht zufügt. Es wird Aufgabe der Konsumenten sein, darauf zu achten, daß sie zu Männern ihres Vertrauens nicht Leute erwählen, die ihr wichtiges Interesse, das Konsumenteninteresse, zu vertreten fähig wären.

Allerlei Willenswertes.

Der Hafer in der menschlichen Ernährung.

Je weiter nach Norden hin, desto mehr nimmt der Hafer an der menschlichen Ernährung teil, nicht nur weil er in härterem Klima besser fortkommt, sondern auch weil die Bewohner sich eher mit diesem gröberen Getreide begnügen. Es hat aber nicht an Versuchen gefehlt, auch in Mitteleuropa den Hafer zu einer höheren Bewertung zu verhelfen, und diese Bemühungen haben mit der Zeit auch einigen Erfolg gehabt. Dr. Klug hat in einem Vortrag vor der landwirtschaftlichen Nationalgesellschaft Frankreichs alles zusammengefaßt, was für eine derartige Bevorzugung des Hafers spricht. Nicht nur in Mitteleuropa haben einige Völker, wie namentlich die Schotten, dem Hafer ihre Vorliebe zugewendet, sondern auch in anderen Erdteilen genießt er eine höhere Achtung als bei uns. Die Australier vor allem, die von französischer oder englischer Herkunft sind und den großen Pferdeherden vorstehen, nehmen regelmäßig eine Morgenmahlzeit aus gequertem Hafer mit Milch ein und behaupten, ohne dies Frühstück gar nicht bestehen zu können. In Frankreich haben sich die Bestrebungen neuerdings auf die Einführung von Hafergerichten in der Armee und in der Arbeiterbevölkerung gerichtet. Der Kapitän Moreau hat in einer Kompagnie des 128. Infanterieregiments einen Versuch mit der Wirkung regelmäßiger Hafermahlzeiten gemacht, und zwar bei Gelegenheit eines Manövers, daß einen vollen Monat dauerte. Die Hälfte dieser Zeit wurde zu einem Marsch von 340 Kilometer Länge bei sehr großer Hitze verbracht, die

andere Hälfte in Lagern verbracht. Die 14. Kompagnie allein erhielt tagtäglich eine Hafersuppe, die namentlich mit etwas Zwiebeln sehr gern gegessen wurde. Es stellte sich heraus, daß von der 14. Kompagnie sich nicht ein einziger Mann zur ärztlichen Untersuchung meldete, während die anderen drei Kompagnien durchschnittlich täglich ein Dutzend Schlarpe oder Kranke zu verzeichnen hatten. Diese Tatsache wird durch die Einführung des Hafers bei der einen Kompagnie erklärt. Man könnte die Berechtigung dieses Schlusses anzweifeln, aber andere Versuche, beispielsweise bei größeren Unternehmungen in den Alpen, haben die gleichen Ergebnisse gebracht. Eine Vorbedingung für die Anwendung des Hafers als menschliche Nahrung ist seine Reinigung von einem Del, das leicht ranzig wird und dann dem Mehl einen schlechten Geschmack erteilt. Die Vorbehandlung kann auf sehr einfache Weise durch Erhitzung geschehen, indem der Hafer gedörrt wird. Auch wissenschaftliche Kreise haben sich mit der Haferfrage eingehend beschäftigt und dem Hafermehl infolge seines größeren Gehalts an Phosphorsäure, Stickstoffverbindungen und Fettstoffen eine Ueberlegenheit über das Mehl von Weizen, Mais und Reis zuerkannt. Ein Hindernis für die Einführung des Hafers in die Volksernährung ist vielleicht der Preis. Dieser richtet sich für das fertige Produkt weniger nach dem Marktpreis des Getreides selbst als nach dem durch die Herrichtung bedingten Gewichtsverlust. Durch die Enthüllung verliert der Hafer etwa ein Drittel von seinem Gewicht, durch die Dörrung ein weiteres Fünftel, so daß 100 Kilogramm Hafer nur 60 Kilogramm Speisefaher ergeben. Immerhin soll bei möglichem Marktpreis eine starke Haferuppe für kaum 2 Pfg. herstellbar sein.

Literarisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 4 des achten Jahrgangs, April 1913. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin. Der Aufbau des Heftes ist in den D. Ring im vorliegenden Heft behandelt, erweckt weit über den Kreis der eigentlichen Holzarbeiter hinaus Interesse. Zwei photolithographische Abbildungen zeigen uns das Innere eines modernen Klaviers, während im Text die Funktionen der einzelnen Teile erläutert werden. Eine andere Arbeit behandelt das amerikanische Lackierverfahren, von dem man einstudmal befürchtete, daß es die altbewährte Schellackpolitur verdrängen könnte. Das Heft behandelt sodann die Möbelbeschläge, sowie ältere und neuere Fensterelemente. Im Ganzen ist eine geschmackvolle Kliche wiedergegeben. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2. Einzelhefte werden zu 50 Pfg. abgegeben.

Die Reichsversicherungsordnung und Reichsversicherung für Angestellte. Gemeinverständlich organisch dargestellt mit einer kritisch-geschichtlichen Einleitung von Rich. Lipinski. Leipzig, 32 Seiten, 20 Pfennig. Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig. Aus dem umfangreichen Stoff beider Gesetze hat Lipinski als sachkundiger Sozialpolitiker mit Geschick das Wichtigste für die Versicherten herausgegriffen und, von der Schablone abweichend, den Stoff organisch bearbeitet und erläutert. In der Einleitung wird auf die Entstehung der Arbeiterversicherung als Entlastung der Armenlasten hingewiesen und eine kritische Darstellung der Entwicklung der Versicherungsgeetze gegeben. Der Leser hat den weitestgehenden Stoff gewissermaßen in der Hand und dennoch das Wichtigste vor sich. Die Broschüre eignet sich für den Massenvertrieb, da sie das Verständnis für die Gesetze meißt; der Verlag sucht die große Verbreitung durch wesentliche Preisermäßigung zu fördern.

Wichtige Vorgänge in deutschen Gemeinden haben für jeden kommunalpolitisch Interessierten, besonders aber auch für die große Zahl der ehrenamtlich-tätigen Mitbürger, reges Interesse. Es war stets der Stolz der Sozialdemokratie, daß die im Interesse der Mitbürger in den Gemeinden tätigen Sozialdemokraten ihre Aufgaben mit besonderem Ernst wahrnahmen und so ist es denn kein Wunder, daß die Sozialdemokraten das bestredigerte und inhaltreichste kommunalpolitische Blatt besitzen. Die Kommunale Praxis — die von der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. in Berlin S.W. 68 herausgegebene Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt — berichtet über alle wichtigen Vorkommnisse in deutschen Gemeinden. Sie beschränkt sich dabei aber nicht etwa auf die großen Städte, sondern legt großen Wert auf die Tätigkeit der kleinen und allergeringsten Gemeinden. Im Laufe der Jahre ist es der „Kommunalen Praxis“ gelungen, einen ausgedehnten Mitarbeiterstab zu erringen, der ihr die Erfüllung der übernommenen Aufgabe ermöglicht. Es sind aber nicht nur die Mitteilungen über wichtige Vorgänge in den Gemeinden, die die Lesart der „Kommunalen Praxis“ wichtig erscheinen lassen. Die „Kommunale Praxis“ ist stets bemüht, in wichtigen Fragen anregend zu wirken und den Stadtverordneten, Gemeindevorstellern, Armenkommissionsmitgliedern usw. beratend zur Seite zu stehen. Viel benutzt wird auch der Briefkasten, der jedem Abonnenten zur Verfügung steht und der in Zweifelsfällen gute und ausführliche Auskünfte gibt. Mit der soeben zur Ausgabe gelangenden Nummer 14 beginnt ein neues Quartal. Es ist daher jetzt die geeignete Zeit zum Beginn eines Abonnements. Bestellungen auf die „Kommunale Praxis“ — zum Preise von 3 Mark pro Quartal — nehmen alle Buchhandlungen, Expediteure und Postanstalten entgegen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Maifestzeitung

für 1913

ersch. wöchentlich, in sieben erschienen und durch unsere Zeitungsaussträger zu beziehen. Preis 10 Pfg.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Unsere Gesellschaftsspiele

Sollen sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der beste Zeitvertreib für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in ihrer Familie spielen können.

Preis 60 Pfg., Nr. 1.— und Nr. 1.50.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Maifeier Entin.

Am 1. Mai, morgens 7 Uhr:

Gemeinschaftl. Frühstück.

Sammelpunkt:

Gasthof „Zum deutschen Hause“

Bermittags 11 Uhr:

Vollversammlung.

Nachmittags präzis 2 Uhr:

Umzug durch die Stadt.

Nachdem

Konzert und Unterhaltung

bis 6 Uhr. Am 7 Uhr:

Ballanfang.

Um zahlreichere Beteiligung ersucht

222 Die Maifestzeitung.

Fra Diavolo

komische Oper in 3 Aufzügen von D. F. C. Auber.

Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins

am Sonntag, dem 4. Mai, sind

Textbücher à 20 Pfg.

bei uns zu haben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Schneeweiße Wäsche

gibt Ragoda-Schnellwaschmittel. Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franco wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pfg. 1 echt silbernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Prospekte beim Kaufmann.

Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen.